

Das offizielle Mitgliedermagazin der CDU Baden-Württemberg



CDU-Kreisverband Heidelberg

Alexander Föhr bewirbt sich um die Kandidatur für den Deutschen Bundestag

Seite 10

CDU Baden-Württemberg



Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz

- » Armin Laschet MdL – Seite 4
- » Friedrich Merz – Seite 4
- » Dr. Norbert Röttgen MdB – Seite 5

CDU Baden-Württemberg



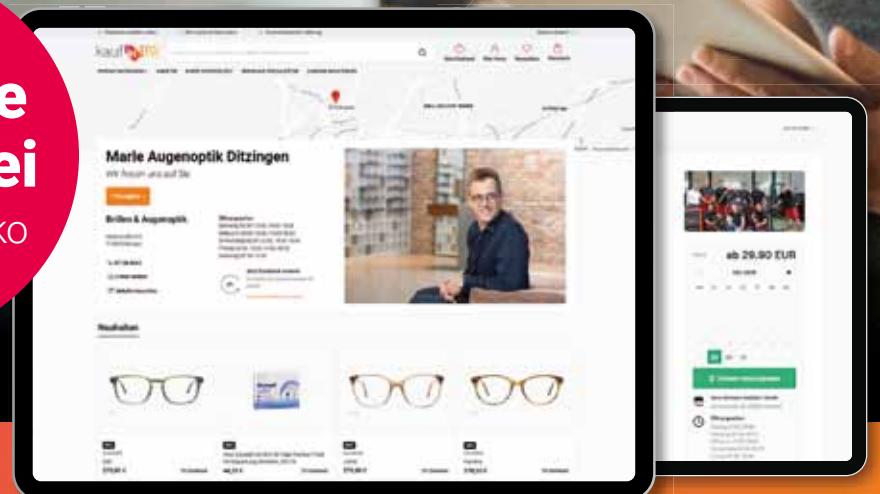
Der richtige Weg aus der Corona-Krise

- » Sich nah sein, ohne am selben Ort zu sein: Erstes Digitales Kampagnencamp der CDU Baden-Württemberg – Seite 30
- » Thomas Bareiß: „Unsere Zukunft wird im Mittelstand gemacht: Mit Stärke aus der Krise“ – Seite 6
- » Dr. Susanne Eisenmann: „Behutsam zu mehr Normalität“ – Seite 7

Bringen Sie Ihr Geschäft wieder auf Hochtouren!

Mit kaufinBW, dem Online-Marktplatz für lokale Unternehmen aus Baden-Württemberg.

3 Monate kostenfrei
und ohne Risiko



kauf  BW

**Online-Marktplatz • Unternehmensprofil • Gutscheinverkauf
Terminbuchungstool • Print- & Onlinewerbung**

Getreu unseres Mottos „Heimat stärken“ haben wir von Nussbaum Medien für Sie ein passendes Paket für die kurzfristige und vielseitige Digitalisierung Ihres Unternehmens entwickelt. Mit kaufinBW können Sie Ihre Angebote weiter online anbieten und

ausliefern und sind über Ihre Ortsgrenzen hinaus 24/7 sichtbar. Sie profitieren zudem von der hohen Reichweite aus digitalen Medien und Lokalzeitungen der Nussbaum Medien. Gemeinsam stärken wir die Heimat.



Worte des Landesvorsitzenden



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

die Corona-Pandemie hat unsere Welt bereits seit vielen, vielen Wochen fest im Griff. Wir leben mit einer Situation, die die meisten von uns sich so niemals hätten vorstellen können. Die letzten Wochen waren eine unglaubliche Belastungsprobe. Wochenlang hatten unsere Schulen und Kindertagesstätten praktisch komplett geschlossen, viele von Ihnen waren im Homeoffice, Abstand halten ist das neue Gebot der Stunde, der Mundschutz ist unser neuer stetiger Begleiter und unser Gesundheitssystem hat Außergewöhnliches geleistet. Wir haben zum Beispiel das Osterfest im April nur sehr eingeschränkt feiern können. Mir hat es sehr gefehlt, wie in all den vielen Jahren zuvor die gewohnten Gottesdienste am Karfreitag und Ostersonntag zu besuchen. Die ganze Bevölkerung musste schwere Einschränkungen hinnehmen – und sie tat das in Baden-Württemberg zum allergrößten Teil sehr vernünftig und diszipliniert.

Wir halten zusammen!

Die letzten Wochen haben ganz deutlich gezeigt, dass wir zusammenstehen, dass wir diese noch nie dagewesene Herausforderung gemeinsam angehen. Baden-Württemberg ist ein Land mit einem Bindestrich. Und diese Verbindung, diesen Zusammenhalt leben wir hier – das haben die letzten Wochen eindrucksvoll gezeigt. Wir haben für unsere Nachbarn, Freunde und auch bis dahin völlig Unbekannte eingekauft oder sie auf andere Weise unterstützt, haben unseren Landwirten und Landwirten bei der Ernte geholfen, haben nicht am selben Ort aber trotzdem gemeinsam musiziert. Diese unzähligen Alltagshelden waren es, die während dieser ganzen Zeit immer Hoffnung und Zuversicht gegeben haben. Nicht zu vergessen, all jene, die hauptberuflich unter den außergewöhnlichen Corona-Bedingungen Großartiges geleistet haben. Und Ihnen allen möchte ich daher an dieser Stelle auch meinen großen Dank aussprechen!

Im Umgang mit Corona gab es keine Blaupause, wir mussten jeden Tag aufs Neue völlig neue, völlig andere Fragestellungen

klären und mit den Herausforderungen umgehen. Ich bin mir aber sicher, dass wir in Baden-Württemberg und ganz Deutschland auf einem guten Weg sind, um in eine neue Normalität zu gehen – keine Normalität ohne Corona, sondern eine Normalität mit Corona. Besonders wenn wir in andere Länder schauen, und sehen, was alles hätte passieren können, bin ich umso dankbarer, wie wir hier mit dieser Lage umgegangen sind.

Umsicht und Besonnenheit an erster Stelle

Corona – auch wenn das Virus scheinbar immer weniger präsent ist – geht nicht einfach so von heute auf morgen weg. Wir werden mit Corona leben müssen, jedenfalls bis ein wirksamer Impfstoff gefunden wurde. Deshalb auch mein Wunsch und mein Appell: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, diesen Erfolg, unseren Umgang mit dieser Lage, zu erhalten. Freilich, nicht jeder muss so besorgt sein wie die Regierung, wie wir Politiker – aber es wäre naiv, wenn wir nicht diese Umsicht und Besonnenheit an erste Stelle rücken würden.

Mitte Juni kam als ein wichtiges Instrument auch die Corona-App auf den Markt. Die Corona-Warn-App hilft uns festzustellen, ob wir in Kontakt mit einer infizierten Person geraten sind und daraus ein Ansteckungsrisiko entstehen kann. So können wir Infektionsketten schneller unterbrechen. Und ich möchte Sie alle an dieser Stelle dazu aufrufen, sich diese App zu installieren – falls Sie das noch nicht getan haben. Ich selbst habe die Anwendung gleich am ersten Tag auf mein Smartphone geladen.

Unser Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung

Ein enorm wichtiges Frühwarnsystem ist unser Verfassungsschutz. Im Juni habe ich in Stuttgart den neusten Verfassungsschutzbereicht vorgestellt. Unser Leben in Freiheit ist zunehmenden Belastungen und Gefahren ausgesetzt. Größte Bedrohung ist der Rechtsextremismus. Mit dem Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019 und dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019 hat sich eine Entwicklung konkre-

tisiert, vor der die Verfassungsschutzbehörden und ich selbst seit Jahren warnen.

Freilich bleibt die Bedrohung durch den Islamistischen Terror weiter bestehen und der Linksextremismus ist am Erstarken. Deshalb ist so wichtig und deshalb gilt: Der Verfassungsschutz hat einen 360-Grad-Blick, um Gefahren für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung frühzeitig zu erkennen und abzuwenden.

Wir stehen hinter unserer Polizei

Die gewalttamen Ausschreitungen, die wir in der Nacht vom 20. auf 21. Juni in Stuttgart erleben mussten, waren von einer in Baden-Württemberg bisher noch nie da gewesenen Brutalität. Und so etwas werden wir in unserem Land definitiv nicht dulden. Plünderungen, Randale, Gewalt gegen unsere Polizistinnen und Polizisten – das geht gar nicht! Das wird mit der ganzen Härte des Rechtsstaats verfolgt. Da gilt der Grundsatz: Wehret den Anfängen! Da gilt null Toleranz!

Mehr als 280 Polizistinnen und Polizisten waren in dieser Nacht im Einsatz für unsere Sicherheit, 20 wurden auf brutale Weise verletzt. Insgesamt sind rund 24.000 Polizistinnen und Polizisten landesweit Tag und Nacht für unseren Schutz im Einsatz. Und wir wissen diesen Einsatz mehr als zu schätzen. Für uns als CDU ist ganz klar: Wir stehen vor und hinter unserer Polizei! Wir wissen, was wir an unserer Polizei haben. Wir unterstützen und respektieren unsere Polizei! Und wir sind dankbar für die Arbeit der Polizei – auch für den gefährlichen und schwierigen Einsatz in den frühen Morgenstunden des 21. Juni.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer! Und bleiben Sie vor allem gesund.

Herzliche Grüße

Ihr

Thomas Strobl

Minister Thomas Strobl
Landesvorsitzender

Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz

Kandidat für den Bundesvorsitz

Armin Laschet MdL



Die CDU als Motor für mehr Fairness in unserem Land

„CDU überholt die Grünen in der Wählergunst“. So titelten die Stuttgarter Nachrichten in den Tagen der Krise über die politische Lage in Baden-Württemberg. In der Krise kommt es auf die CDU an. Und wir werden unserer Verantwortung gerecht – Tag für Tag geben wir unser Bestes, um unser Land mit Weitsicht aus dieser Krise zu führen.

Die Herausforderungen waren groß und werden riesig: Die alles verändernde Digitalisierung, die beschleunigte Globalisierung, der voranschreitende Klimawandel – und nun auch noch die Corona-Pandemie. Unser Antrieb bei der Bewältigung dieser Herausforderungen ist das Ziel, dass es den Generationen nach uns einmal bessergeht. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir Wohlstand, Nachhaltigkeit, Bildungschancen, gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden miteinander verbinden – und nicht gegeneinander ausspielen.

Unser Kompass ist und bleibt das christliche Menschenbild: Es kommt auf den Einzelnen an, der sich erst in der Gemeinschaft voll entfalten kann. Die Kernbausteine unserer Programmatik – das Christlich-soziale, das Liberale und das Konservative – haben uns schon durch manchen Sturm sicher geführt.

In der Zeit stehen, aber nicht mit jeder Mode gehen – das hat uns stark gemacht und damit haben wir Deutschland stark gemacht, im Bund wie in den Ländern. Unsere solide Haushalts- und Finanzpolitik war nicht immer beliebt, aber erst diese macht uns auch in diesen Tagen der großen Not als Staat so handlungsfähig. Mit einer konsequenten Nulltoleranz-Politik gegen Kriminalität, ob gelegen oder ungelegen, schaffen wir Vertrauen in einen

starken Staat. Um unsere Unternehmen als tragende Säule unseres Wohlstands vorübergehend zu stützen, verstehen wir sie als Partner und nicht als Gegner.

Regieren heißt Entscheiden. Die CDU stellt das jeden Tag unter Beweis: Wir springen nicht auf den Zug der moralisierenden Anklagen etwa gegen die Auto-Industrie auf, sondern machen uns gemeinsam auf den Weg in eine technologieoffene, emissionsneutrale Mobilität. Wir fordern nicht nur Beauftragte oder erfinden neue Gesetze, sondern setzen mit beherzter Entbürokratisierung und Entfesselung neue Kraft und Kreativität für moderne Lösungen frei.

Die Politik der CDU braucht für ihre breite Verankerung die konsequente Einbindung der unterschiedlichen politischen Vereinigungen in unserer Partei. Daran müssen wir arbeiten. Die CDU unternimmt jeden Tag den Versuch, unterschiedliche Interessen und Perspektiven zu verbinden und zu versöhnen.

Nur so kann gelingen, was unser Land jetzt am dringendsten braucht: eine neue Fairness zwischen Stadt und Land, Jung und Alt, Arm und Reich, West und Ost. Damit unser Land zusammenhält, in der Krise und darüber hinaus.

Armin Laschet MdL

- » Geb. 18.02.61 in Aachen, verheiratet, drei Kinder
- » Jurist, Journalist, ehem. MdB und MdEP
- » 2005 bis 2010 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration
- » Seit 2010 MdL, 2013 bis 2017 Fraktionsvorsitzender
- » Seit 2012 CDU-Landesvorsitzender und stv. Bundesvorsitzender
- » Seit 2017 Ministerpräsident

Kandidat für den Bundesvorsitz

Friedrich Merz



Mit unserem Parteitag in Stuttgart stellen wir die Weichen neu – inhaltlich und programmatisch, aber auch personell. Der 04. Dezember 2020 wird ein wichtiger Tag für die größte deutsche und europäische Volkspartei.

Wir haben tiefe Wurzeln und eine lange Geschichte. Beides hilft uns, auch in stürmischen Zeiten standfest zu sein und zugleich den Blick nach vorn zu richten. Als christliche Demokraten wissen wir, dass wir eine Verantwortung haben, die über uns selbst hinausreicht. Wir waren die einzige wirkliche Neugründung einer politischen Partei nach dem zweiten Weltkrieg, und wir haben unser Land geprägt wie keine zweite Partei in Deutschland.

Wenn wir diese Prägekraft auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bewahren wollen, dann müssen wir die Veränderungen unserer Welt aufmerksam wahrnehmen und zugleich den Anspruch an uns stellen, selbst aktiver Teil und Motor dieser Veränderungen zu sein. Ich sehe vor allem drei große Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen:

Der innere Zusammenhalt unserer Gesellschaften schwundet, und wir haben noch keine abschließende Antwort darauf, wie denn die Welt von morgen so gestaltet werden kann, dass Freiheit, Toleranz und Respekt, Solidarität und Gerechtigkeit auch in Zukunft die bestimmenden Werte unserer Gesellschaft bleiben. Insbesondere die Chancen für die junge Generation muss die CDU immer im Blick haben, wenn es darum geht, politische Entscheidungen zu treffen.

Der technologische Wandel beschleunigt die Veränderungen unserer Arbeitswelt in einem Ausmaß, das wir erst langsam beginnen zu verstehen. Deutschland muss unter unserer Führung auch in Zukunft ein Land der Erfinder, der Innovationen, der neuen Ideen und

Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz

Kandidat für den Bundesvorsitz

Dr. Norbert Röttgen MdB



der neuen Technologien sein. Der Klimawandel ist auch das Ergebnis unserer bisherigen Arbeits- und Lebensweise, und daher können wir den Gefahren des Klimawandels nur mit modernster und ressourcenschonender Technologie begegnen.

Zugleich sind wir Zeugen einer geradezu tektonischen Verschiebung der politischen und ökonomischen Machtzentren auf der Welt. Die Europäische Union steht vermutlich vor ihrer größten Bewährungsprobe seit der Gründung. Die CDU muss die Europapartei in Deutschland bleiben und mit dafür Sorge tragen, dass Europa „weltpolitikfähig“ wird, das heißt Schritt halten kann mit den Entwicklungen, die ohne eine starke und geschlossene Haltung der Europäer schon mittelfristig unseren Wohlstand ebenso gefährden können wie unsere Freiheit und unsere Demokratie. Das Vertrauen, dass die CDU diese Aufgaben annimmt und lösen kann, müssen wir uns immer wieder von Neuem erarbeiten. Dafür stellen wir in Stuttgart im Dezember 2020 die Weichen.

Friedrich Merz

- » Geboren am 11.11.1955 in Brilon / Westfalen, verheiratet, drei Kinder
- » Rechtsanwalt, ehem. MdEP und MdB
- » 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- » 2009 bis 2019 Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V.
- » 2005 bis 2014 Partner der Internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP, Chicago/Düsseldorf; seit 2014 Senior Counsel bei Mayer Brown LLP
- » Seit 2019 Vizepräsident des Wirtschaftsrates der CDU e.V.



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde!

Die CDU hat sich in der Corona-Pandemie des Jahres 2020 bewährt. Dadurch ist Vertrauen wieder entstanden, das uns die Chance gibt, Deutschland auf allen Ebenen im Sinne christlich-demokratischer Werte zu prägen. Wir müssen nun dafür arbeiten, dieses Vertrauen zu erhalten, und wir müssen für unsere Ziele kämpfen. Das gilt allem voran für unser Selbstverständnis und für unser strategisches Ziel, die – inzwischen einzige – Volkspartei in Deutschland zu bleiben. Dies erfordert eine kompromisslose Abgrenzung nach links und rechts. Allen Bürgerinnen und Bürgern, die diese Grenze mit uns akzeptieren, machen wir ein politisches Angebot aus unseren christlich-demokratischen Werten heraus für die modernen Fragen unserer Zeit. Zu diesen Fragen gehören u.a. Migration und Klimawandel, die digitale Qualifikation unserer Arbeitnehmerschaft und die Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf. Als CDU müssen wir den Anspruch haben, in allen Gruppen der Gesellschaft, vor allem in allen Altersgruppen, Mehrheiten zu erringen. Um von den jungen Menschen wahrgenommen zu werden, müssen wir Teil ihrer digitalen Kommunikation werden und das beste Angebot in den Kompetenzfeldern haben, die die Zukunft entscheiden: Innovationen, Ökologie, internationale Verantwortung.

Die Stärkung der Innovationskraft nicht zuletzt in unseren herausragenden mittelständischen Unternehmen ist die Basis für alles: unseren Wohlstand, unseren Sozialstaat und unsere internationale Stellung. Ökologie, Umwelt – und Klimapolitik sind kein Luxus in wirtschaftlich guten Zeiten, sondern sie verkörpern die Grundlagen unseres Lebens und Wirtschaftens. Die Verbindung von ökonomischer und ökologischer Kompetenz muss unser Markenzeichen sein.

Die internationale Verantwortung Deutschlands wächst immer mehr. Das ist die Folge unserer Stabilität, des enormen internationalen Vertrauens in uns sowie des neuen Kampfes um internationale Macht. Jeder Nachfolger von Donald Trump hat es mit riesigen Herausforderungen im eigenen Land zu tun. Russland wird weiterhin keine Regeln für seinen Machtanspruch respektieren. China wird die Unterdrückung nach innen und die Machtambitionen nach außen weiter steigern. In dieser Umbruchphase steht Deutschland mit Frankreich im Zentrum der Aufgabe, die Selbstbehauptung Europas zu gewährleisten.

Die Diskussion über alle diese Fragen muss wieder in der CDU stattfinden. Eine lebendig diskutierende Partei ist eine Grundvoraussetzung dafür, in herausfordernden Zeiten die richtigen Antworten finden zu können. Genau dafür werden wir gebraucht, in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa.

Ihr Norbert Röttgen

Dr. Norbert Röttgen MdB

- » Geboren am 2. Juli 1965 (Meckenheim); verheiratet; zwei Söhne, eine Tochter
- » Rechtsanwalt, seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestags
- » 2005 bis 2009 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- » 2009 bis Mai 2012 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- » Seit Januar 2014 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

Thomas Bareiß MdB

Unsere Zukunft wird im Mittelstand gemacht: Mit Stärke aus der Krise

Liest man in diesen Tagen die Wirtschaftszeitungen, so fällt einem der Mut zum Optimismus nicht sonderlich leicht. Die Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die Wirtschaft und besonders unseren Mittelstand sind gravierend. Wir befinden uns in der größten Rezession, an die sich unsere Generation erinnern kann. Ich war als Mittelstandsbeauftragter in den letzten Wochen und Monaten rund um die Uhr im Einsatz, habe mit Unternehmen, Soloselbstständigen, Verbänden, den baden-württembergischen Kollegen im Landtag, im Bundestag und den Bundesministerien gesprochen und ich weiß, wie prekär die Lage für viele ist.

Aus meinen eigenen beruflichen Erfahrungen, meiner langjährigen Tätigkeit als Wirtschaftspolitiker und durch meine jetzige Funktion, weiß ich um die überragende Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft in Deutschland: Mehr als 99 Prozent aller Unternehmen zählen zum Mittelstand. Er reicht von Soloselbstständigen über Handwerksbetriebe, freie Berufe und Start-ups bis zu traditionsreichen Familienunternehmen. Der Mittelstand ist es, der über 80 Prozent der Ausbildungsplätze und knapp 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze stellt. Gerade in Baden-Württemberg ist der Mittelstand das wirtschaftliche Rückgrat. Bei uns arbeiten über 6,3 Millionen Menschen in der baden-württembergischen Wirtschaft, 4,3 Millionen im Dienstleistungssektor und 2 Millionen im produzierenden Gewerbe.

Bei diesen Zahlen wird klar: es steht viel auf dem Spiel. Die einzige Chance – die Krise umzukehren und gestärkt aus ihr hervor zu gehen – bedeutet gemeinsam anpacken, harte Arbeit, sinnvolle Innovation und entscheidende Investitionen in die Zukunft. Trotz vieler pessimistischer Stimmen muss man auch einmal klar sagen, dass wir in dieser Krise durchaus Handlungsfähigkeit bewiesen haben: Mit dem Konjunkturprogramm von 130 Milliarden Euro ist der großen Koalition ein wirklich großer Wurf gelungen. Es ist ein absolutes Kraftpaket und damit ein weiterer Rekord nach dem ersten Rettungsschirm mit über 150 Milliarden Euro. Es ist das umfassendste

Konjunkturprogramm seit dem zweiten Weltkrieg und soll Hebel und Impuls zugleich sein.

Das Konjunkturprogramm liefert wichtige Signale für die Wirtschaft in unserem Land und wird dem Mittelstand helfen und ihn stärken, insbesondere durch die steuerlichen Maßnahmen sowie die Absenkung der Energiekosten. Zum einen stellen wir mit der Überbrückungshilfe von 25 Milliarden Euro für den Mittelstand noch einmal weitere Hilfen für besonders betroffene Branchen bereit wie z.B. für das Hotel- und Gaststättengewerbe und die Reisebüros. Hier zahlen wir mit substanziellen Zuschüssen zu den fixen Betriebskosten dazu. Dies und andere Maßnahmen verschaffen den Unternehmen unmittelbar mehr Spielraum.

Herausforderungen und den Schwierigkeiten der Corona-Pandemie umzugehen und haben den Grundstein für eine wirtschaftliche Erholung gelegt.

Aber das Konjunkturprogramm soll nicht nur stärken und gestalten, es soll auch ein Aufbruchspaket für unsere Zukunft sein. Aus diesem Grund wurden nicht nur klassische Konjunkturmaßnahmen in das Aufbruchspaket mit aufgenommen, sondern vielmehr Fördermaßnahmen, die einen Modernisierungsschub auslösen sollen. Investiert werden soll in Innovationen, etwa in die Digitalisierung, die Quantentechnologie oder die Nutzung von Wasserstoff. Hierbei sehe ich in der technologischen Führungsrolle für Baden-Württemberg enormes Potential.

Wir werden die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch eine ganze Weile spüren, aber wir haben mit dem Konjunktur- und Zukunftsprogramm das Hochfahren unserer Wirtschaft mit einem Paukenschlag eingeleitet.

„Das Konjunkturprogramm soll ein Aufbruchspaket für unsere Zukunft sein.“

Zum anderen stellen wir die Weichen dafür, dass Mittelstand und Industrie vor allem auch kleine und mittlere Unternehmen mit Volldampf aus der Krise kommen können. Beispielsweise können Investitionen schneller abgeschrieben werden. Darüber hinaus werden Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent begrenzt. Die steuerliche Forschungszulage wird noch großzügiger ausgestaltet. Wir brauchen auch in Zukunft qualifizierte Fachkräfte – weshalb wir kleine und mittlere Unternehmen finanziell mit einer Prämie unterstützen, die auch in der Pandemie weiter ausbilden. Wir erhöhen die Bemessungsgrundlage für Forschung und Entwicklung in der KfZ-Zuliefererindustrie. Nicht zuletzt entlasten wir die Verbraucher und kurbeln die Nachfrage an, etwa durch die Senkung der Mehrwertsteuer. Dieser nur kleine Ausschnitt des Paketes zeigt: Wir haben die Möglichkeiten mit den wirtschaftlichen



Thomas Bareiß
MdB ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Als Tourismusbeauftragter der Bundesregierung sowie Be-

auftragter der Bundesregierung für den Mittelstand kennt er die unterschiedlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf unser Land. Bareiß ist Bezirksvorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern und Mitglied im CDU-Bundesvorstand.

Die Spitzenkandidatin

Dr. Susanne Eisenmann

Behutsam zu mehr Normalität

Erfolgreich haben wir die Verbreitung des neuartigen Corona-Virus stark verlangsamt. Dank unseres entschlossenen Handelns als Union auf Bundes- wie auf Landesebene und unserer aller Disziplin haben wir eine Überlastung unserer Krankenhäuser mit ähnlich schlimmen Bildern wie in Italien oder Spanien verhindert. Inzwischen bewegt sich die Zahl der Neuinfektionen stabil auf einem niedrigen Niveau. Das ist erfreulich und ermöglicht uns als Landesregierung schrittweise weitere Lockerungen. Allerdings dürfen wir uns nicht in Sicherheit wiegen und leichtsinnig werden: das Virus ist nicht verschwunden. Wir befinden uns noch immer in einer außergewöhnlichen Situation, die allen Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg viel abverlangt.

Dass wir im März das öffentliche und wirtschaftliche Leben stark eingeschränkt und auch die Schulen und Kindertagesstätten geschlossen haben, waren für mich zentrale Faktoren, um die Pandemie einzudämmen. So sehr diese drastischen Schritte auch wirkten, so schwer waren sie uns aus wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Sicht gefallen.

Für mich ist sehr frühzeitig klar gewesen: Wir müssen alles daran setzen, unseren kleinen und mittleren Betrieben zu helfen und unsere mittelständisch geprägten Wirtschaftsstrukturen zu erhalten, um sie in die Zukunft überführen und Arbeitsplätze sichern zu können. Es ist sinnvoller und nachhaltiger, eine Welle der Insolvenzen zu verhindern, als nach der Krise neue Strukturen aufzubauen. Deshalb bin ich froh, dass wir als CDU – auf meine Initiative hin – einen Rettungsschirm in Höhe von 5 Milliarden Euro gegen den zögerlichen grünen Koalitionspartner durchgesetzt und aufgespannt haben. Ein Paket des Landes Baden-Württemberg für Baden-Württemberg.

Richtig gut finde ich auch das 130 Milliarden Euro schwere Paket, das der Bund geschnürt hat. Es setzt starke Anreize gegen die Rezession, beinhaltet Impulse für den digitalen und ökologischen Fortschritt, hilft vor Ort durch den Ausgleich der Gewerbesteuer-Ausfälle für Kommunen und entlastet Unternehmen

und Verbraucher, zum Beispiel bei den Stromkosten. Wir müssen nun schauen, wo und wie wir als Land dieses Paket noch klug und passgenau ergänzen können. Denn klar ist: Je mehr Unternehmen die Krise überleben und je mehr Arbeitsplätze erhalten bleiben, desto schneller kann es wirtschaftlich wieder aufwärts gehen.

Doch nicht nur die wirtschaftliche Situation hat uns in den vergangenen Monaten beschäftigt. Als Kultusministerin habe ich die Verantwortung für rund 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler und mehr als 400 000 Kinder im Kindergartenalter. Dass die Kitas und Schulen über viele Wochen geschlossen bleiben mussten und zunächst nur eine Notbetreuung möglich war, war insbesondere für Familien mit kleineren Kindern enorm belastend. Für die Kinder sind Kontakte mit Gleichaltrigen, gerade auch für die seelische Gesundheit, sehr wichtig. Auch der Unterricht vor Ort, der Kontakt mit Lehrern und die Schule als Begegnungsstätte sind nicht so einfach zu ersetzen. Dieser Aspekte bin ich mir bewusst. Doch wir haben es nun mal mit einem Virus zu tun, das sich rasant verbreitet, in manchen Fällen tödlich verläuft und über das nur wenig bekannt gewesen ist. Und der Gesundheitsschutz unserer Kinder und unserer Jugendlichen, aber auch unserer pädagogischen Fachkräfte geht vor.

Ich habe auch großes Verständnis für die Eltern, die die Belastungsgrenze durch Job und Kinderbetreuung überschritten hatten und – mitunter auch aggressiv – eine umgehende Öffnung der Einrichtungen forderten. Lieber gestern als heute. Ganz so, als gäbe es das Virus nicht (mehr). Aber es gibt eben auch andere Eltern, die Angst um ihre Kinder haben, denen die schrittweise Öffnung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu schnell geht.

Dies ist das Spannungsfeld, in dem wir uns befinden. Die Abwägungsprozesse sind schwierig. Für die Corona-Pandemie gibt es nun mal keine Blaupause. Verantwortliche Politik ist, alle Argumente anzuhören, abzuwägen und dann besonnen, klug und behutsam zu entscheiden.

Umso mehr freue ich mich, dass wir seit Ende Juni bei den Kindertagesstätten, den Kindertageseltern und Grundschulen zu einem Regelbetrieb – ohne Abstandsregelungen, aber mit festen Gruppen und einem Hygienekonzept – zurückkehren konnten. Die Grundlage für die Entscheidung, die Einrichtungen vollständig zu öffnen, bildet die Heidelberger Kinderstudie, die andere Studien aus dem In- und Ausland bestätigt hat. Sie besagt, dass Kinder bis zehn Jahren seltener mit dem Virus infiziert sind als ihre Eltern und keine besonderen Treiber des Infektionsgeschehens darstellen.

In den weiterführenden Schulen wechseln sich seit den Pfingstferien für alle Klassenstufen das Fernlernen und der Präsenzunterricht in der Schule ab. Dieses rollierende System muss leider sein, weil auf Basis der Einschätzung von Gesundheitsexperten weiter Abstands- und Infektionsschutzregeln gelten. Das Ziel von mir ist aber, nach den Sommerferien auch in den weiterführenden Schulen mehr Präsenzunterricht zu ermöglichen und möglicherweise sogar zu einem Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen zu kommen.

Solange es keinen Impfstoff gibt, müssen wir uns – in der Schule wie in allen anderen Lebensbereichen – behutsam zu mehr Normalität vorantasten. Wir müssen weitere Strategien entwickeln, wie wir neue weitreichende Infektionswellen verhindern, unsere älteren Menschen und Risikogruppen schützen und andererseits unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen nicht zerstören. Lassen Sie uns diesen Weg weiter gemeinsam gehen!



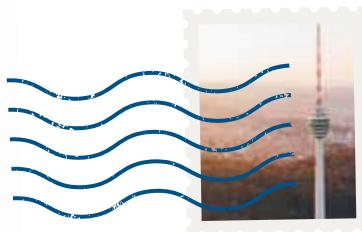
Dr. Susanne Eisenmann
ist seit 2016 Ministerin für Kultur, Jugend und Sport und unsere Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2021.

Persönliches / Aus dem Landesverband

Postkarte von...

Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU Baden-Württemberg,
unsere Landeshauptstadt ist Herz und Mitte unseres schönen Landes. Sie hat es verdient, mit Leidenschaft, Mut und Tatkraft regiert zu werden. Dafür stelle ich mit meiner Erfahrung und mit der Liebe zu meiner Heimatstadt Stuttgart. Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung!
Ihr Frank Nopper



CDU Baden-Württemberg
– UNION intern –
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart



Dr. Frank Nopper ist seit 2002 Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Backnang. Er wurde 2010 mit 86,8 % und 2018 mit 87,1 % im Amt bestätigt. Das in Stuttgart geborene und aufgewachsene CDU-Mitglied kandidiert im November 2020 bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Das **Spendenkonto** des CDU-Kreisverbandes Stuttgart bei der Baden-Württembergischen Bank für die OB-Wahl 2020 lautet: DE 41 6005 0101 0405 3305 02 (Spendenbescheinigung möglich).

Gespräch der CDU Baden-Württemberg mit Vertretern von DGB und IG Metall

Arbeitsplätze sichern und zukunftsorientiert machen

Mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft haben sich der Landesvorsitzende, Minister Thomas Strobl, und der Generalsekretär, Manuel Hagel MdL, mit dem Vorsitzenden des DGB-Bezirks Baden-Württemberg, Martin Kunzmann, dem Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, Roman Zitzelsberger, und der Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Stuttgart, Nadine Boguslawski, zu einem Gespräch getroffen. Teil des Gesprächs, das im Willi-Bleicher-Haus stattfand, war zudem eine Solidaritätsbekundung der beiden Politiker angesichts des extremistischen Anschlages auf das DGB-Gebäude wenige Tage zuvor.

„Mit der Corona-Krise stehen wir im Hinblick auf die Arbeitswelt vor großen Herausforderungen. Bei der Beantwortung dieser Fragen zur Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts haben die Gewerkschaften eine

wichtige Funktion. Sie setzen sich im Sinne des christlichen Menschenbildes für faire und gerechte Arbeitsbedingungen für möglichst viele Beschäftigte in unseren Unternehmen ein“, so die beiden Politiker übereinstimmend.

Im Fokus des Gesprächs standen daher die mittel- und langfristigen Folgen der Corona-Krise für die Wirtschaft und deren Beschäftigte. Ein Schwerpunkt war die für Baden-Württemberg so wichtige Automobil- und Zuliefererindustrie. „Das vom Koalitionsausschuss des Bundes beschlossene Kraftpaket ist ein großer Wurf von historischem Ausmaß. Damit haben wir einen guten Weg eingeschlagen, den wir nun konsequent und klug mit Blick auf unsere konkreten Bedürfnisse in unseren Schlüsselindustrien wei-



tergehen und ergänzen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsräten wollen wir in den Unternehmen alles für den Erhalt der Arbeitsplätze tun“, sagte Thomas Strobl.

Manuel Hagel MdL betonte: „Eine Krise löst man mit Handlungsfähigkeit und Optimismus. Daher haben wir bereits die Beratungen auf Landesebene aufgenommen, um das Kraftpaket des Bundes in Baden-Württemberg bestmöglich zu ergänzen.“

Grußwort des Kreisvorsitzenden

Kolumne

Liebe Mitglieder der CDU Heidelberg,

die letzten Monate waren mit großen Einschränkungen verbunden. Privat, beruflich und auch politisch. Nichts war wie zuvor. Wir hielten Abstand, mieden Kontakte, standen vor Verwandten als wären sie Fremde, um niemanden in Gefahr zu bringen. Kinder durften keine Kitas oder Schulen besuchen. Das Vereinsleben liegt am Boden. Unternehmen gerieten in Not. Uns wurde bewusst, dass wir vieles nicht für selbstverständlich nehmen dürfen. Umso wichtiger ist es, dass wir den Öffnungsprozess nun Schritt für Schritt und mit der nötigen Verantwortung, aber auch mit Optimismus, umsetzen. In allen Bereichen. Das gilt auch für uns als CDU. Wir haben rund drei Monate auf alle persönlichen Treffen verzichtet, dafür digitale Veranstaltungsformate auf Facebook, Instagram und Co. ausprobiert. Sitzungen fanden per Zoom, WebEx oder anderen Meeting-Programmen statt. Klar ist: Diese Formate sollten wir auch zukünftig pflegen, weil sie durchaus Vorteile bieten. Aber sie ersetzen nicht die klassische Parteiarbeit. An diese tasten wir uns nun langsam wieder heran, immer unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln. Denn die Gesundheit und Sicherheit unserer Mitglieder hat für uns absolute Priorität.

Gestatten Sie mir noch einige persönliche Zeilen. Neben der Vorbereitung auf die Landtagswahl, die bis März 2021 absolute Priorität genießt, stehen wir vor der großen Aufgabe eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger für unseren langjährigen und geschätzten Bundestagsabgeordneten Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers zu nominieren. Er hat mitgeteilt, bei der nächsten Wahl nicht erneut zu kandidieren. Ich selbst habe mich Ende April mit einem persönlichen Schreiben an die Vorsitzenden der CDU-Verbände im Wahlkreis gewandt, das ebenfalls in diesem Union Intern veröffentlicht ist. Darin gebe ich meine Kandidatur bei der Wahlkreisvertreterversammlung am 25. Juli bekannt. Mir ist bewusst, wie groß die Fußstapfen sind, die mein Freund Karl A. Lamers hinterlässt.

Deshalb benötige ich Ihre Unterstützung! Ich bitte darum nicht nur bei der Wahlkreisvertreterversammlung, sondern insbesondere auch in der Zeit danach. Die Monate bis zur Bundestagswahl werden kein Sprint, sondern ein Marathon. Jede Idee, jede Unterstützung ist herzlich willkommen. Nur als Team kann es uns gelingen, das Bundestagsmandat im Wahlkreis wieder direkt zu gewinnen. Wir als



Stadtrat Alexander Föhr

Foto: FotoAgenten/A. Löffler

CDU, da bin ich sicher, können und werden dieses Ziel gemeinsam erreichen.

Ich freue mich auf das nächste persönliche Treffen. Bleiben Sie bis dahin gesund.

Herzliche Grüße
Alexander Föhr
Kreisvorsitzender

Ferienhaus in Ostkanada (Nova Scotia) zu verkaufen

GRUNDSTÜCK: LOT 1A 10.620 m²

OZEANFRONT 126, 60 Im LAUT VERMESSUNGSPLAN

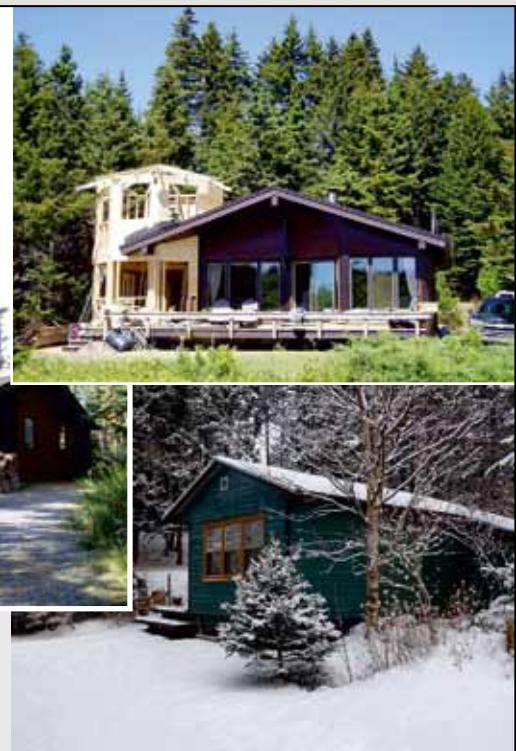
AUF DEM GRUNDSTÜCK STEHEN 3 GEBÄUDE:

1. HAUS MIT TURM
2. GÄSTEHAUS
3. BOOTSSCHUPEN

GRUNDFLÄCHE HAUS OHNE ANBAU ca. 70 m²
LOFT ca. 15 m²
TURM 2 x 10 ca. 20 m²

HAUSWIRTSCHAFT + SCHRANKRAUM ca. 10 m²

Preis: Preisvorstellung 345.000 Euro



Emil-Haag-Straße 27
71263 Weil der Stadt
Fon 07033 5266-75
info@brigitte-nussbaum.de

Brigitte Nussbaum
GmbH und Co. KG

Aus dem Deutschen Bundestag

Bekanntgabe meiner Kandidatur

Sehr geehrtes CDU-Mitglied,

Anfang März hat unser langjähriger, verdienter Bundestagsabgeordneter Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers erklärt, bei der Bundestagswahl 2021 nicht erneut kandidieren zu wollen. Dies ist ein Schritt, der höchsten Respekt verdient. Gleichzeitig sind wir dankbar für seine bleibenden Leistungen als Wahlkreisabgeordneter.

Für unsere CDU bedeutet dies, dass wir für den Wahlkreis Heidelberg-Weinheim gemeinsam die Weichen für die Zukunft stellen müssen. Viele von Ihnen haben mich in den vergangenen Wochen angesprochen und gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, diese Herausforderung anzunehmen. Die Fragen waren bereits mit viel Ermutigung, Vertrauen und mit positiven Erwartungen verbunden. Für den großen Zuspruch bin ich sehr dankbar. Nach ausführlichen Gesprächen mit meiner Familie, mit meinen persönlichen Freunden und mit politischen Weggefährten habe ich entschieden, mich dieser herausragenden Aufgabe zu stellen und mich bei der anstehenden Wahlkreisvertreterversammlung um die Bundestagskandidatur in unserem Wahlkreis zu bewerben.

Gerne möchte ich mich Ihnen deshalb hiermit noch einmal persönlich vorstellen:

Mein Name ist Alexander Föhr und ich wurde am 1. August 1980 in Heidelberg geboren. Ich bin verheiratet mit meiner Frau Patricia, Vater von zwei Kindern (Marie und Julius) und lebe mit meiner Familie in Heidelberg.

Nach dem Abitur habe ich zunächst meinen Wehrdienst absolviert. Dabei lernte ich, dass gerade in einer freiheitlichen Gesellschaft der Einzelne nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hat. Zudem durfte ich Kameradschaft und Zusammenhalt in vielfältiger Weise erleben. Nach dem Wehrdienst habe ich ein Politik-, Jura- und Geschichtsstudium abgeschlossen.

Meine erste berufliche Station führte mich in das Referat des Oberbürgermeisters der Stadt Heidelberg. Seit mehr als sieben Jahren bin ich nun Abteilungsleiter bei der größten regionalen Krankenkasse im Land und nehme dabei Personalverantwortung wahr.

Gesundheitspolitik ist mir nicht nur daher ein wichtiges Anliegen. Für mich steht fest: Gesundheitsversorgung wird am besten in

regionalen Kooperationen von den Partnern vor Ort organisiert. Wohnortnahe Gesundheitsangebote sind von daher unverzichtbar.

Mitglied der CDU bin ich seit dem Jahr 1999. In die Junge Union trat ich bereits zwei Jahre zuvor ein. 2014 haben mich die Mitbürgerinnen und Mitbürger in Heidelberg erstmals in den Stadtrat gewählt und mich dann 2019 in diesem Amt bestätigt.

Bei meiner Arbeit als Stadtrat ist mir der direkte Austausch besonders wichtig. In der Kommunalpolitik weiß man schnell, wo der Schuh drückt; man ist nah bei den Menschen und kann oft zeitnah und unkompliziert Lösungen finden. Das bereitet mir viel Freude. Seit 2015 bin ich zudem Kreisvorsitzender der CDU Heidelberg.

Darüber hinaus engagiere ich mich im Bezirksvorstand der CDU Nordbaden und im Landesfachausschuss Wirtschaft und Wohnungsbau.

Außerhalb der Politik setze ich mich ehrenamtlich als Sitzungspräsident der Ziegelhäuser Karneval Gesellschaft 1913 e.V. und im Vorstand

des Caritasverbands Heidelberg ein. Brauchtumspflege und der Erhalt unserer Kultur liegen mir ganz besonders am Herzen. Vereine und die ehrenamtlich Engagierten sind das Fundament unserer Gesellschaft. Dazu leiste ich im Ehrenamt auch meinen eigenen Beitrag.

Das Engagement im Caritasverband entspringt meiner christlichen Erziehung sowie dem Wunsch, etwas Konkretes für die Menschen in unserer Gesellschaft zu tun, denen es nicht so gut geht wie meiner Familie und mir selbst.

Mein Angebot und mein Anliegen:

Gerne möchte ich mit Ihnen und Ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern vor Ort über meine Motivation für die Kandidatur zum Bundestag und meine politischen Ideen ins Gespräch kommen. Dabei interessieren mich zudem Ihre Ideen und Vorstellungen davon, wie wir gemeinsam das Profil der CDU wieder schärfen und unsere Partei bei der anstehenden Bundestagswahl zur stärksten politischen Kraft im Wahlkreis machen können.

Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen. Herzliche Grüße, Alexander Föhr



Kolumne

Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

für uns alle, für unsere Gesundheit und unser Gesundheitssystem, für viele Familien sowie für unsere Wirtschaft bedeutet die Bewältigung der Pandemie einen historischen Kraftakt.

Bundesregierung und Parlament setzen weiterhin alle Kräfte dafür ein, um die Krise effizient und schnellstmöglich zu bekämpfen. Dafür wurden in den letzten Monaten mehrere umfangreiche, milliardenschwere Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht.

Zweites Corona-Steuerhilfegesetz

Mit dem „Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz“ debattierten wir weitere wichtige Maßnahmen, mit denen die Corona-Krise abgedeckt werden soll. Das Gesetz, das Teil des Konjunkturpakets ist, sieht u. a. vor, dass die Umsatzsteuersätze befristet vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2020 von 19 auf 16 Prozent und von 7 auf 5 Prozent gesenkt werden.

Für jedes kindergeldberechtigte Kind erhalten Familien einen Kinderbonus in Höhe von 300

Euro. Das Geld soll in zwei Raten im September und Oktober gemeinsam mit dem Kinder-geld ausgezahlt werden – ein zusätzlicher Antrag ist nicht nötig.

Auch Familien, deren Kinder noch nicht geboren sind, aber noch in diesem Jahr zur Welt kommen, erhalten das Geld.

In erster Lesung haben wir über Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie für Pauschalreiseveranstalter beraten. Es soll etwa eine gesetzliche Regelung geschaffen werden, den Reisenden statt der sofortigen Rückerstattung des Reisepreises einen Reisegutschein im Wert der erhaltenen Vorauszahlungen anbieten zu können. Der Gesetzentwurf enthält Bestimmungen zur Absicherung dieser Gutscheine gegen die mögliche Insolvenz der Reiseveranstalter.

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat darüber hinaus eine Regierungserklärung

vor dem Deutschen Bundestag abgegeben und dabei das Programm der Bundesregierung für die anstehende EU-Ratspräsidentschaft erläutert. Aufgrund der Corona-Krise und vieler weiterer aktueller Herausforderungen wie dem Brexit kommt der deutschen Ratspräsidentschaft eine große Bedeutung zu.

Corona-Warn-App

Zudem wurde Mitte Juni die Corona-Warn-App eingeführt, die uns hilft festzustellen, ob wir Kontakt mit einer infizierten Person hatten und daraus ein Ansteckungsrisiko entstehen kann. So können Infektionsketten schnell unterbrochen werden.

Trotz der derzeitigen Herausforderungen bin ich zuversichtlich, dass wir gemeinsam gestärkt aus dieser Krise hervorgehen werden!

Bitte bleiben Sie gesund!

Ihr

Karl A. Lamers

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellungnahme zum Vorgehen von US-Präsident Trump

Mit einem „Ja, geht's noch – was soll das jetzt!“ hat der Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO und stv. Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers, in einer persönlichen Erklärung auf eine offensichtlich von US-Präsident Trump angedachte drastische Verringerung der US-Truppen in Deutschland reagiert:

„In einer Zeit, in der Russland im Windschatten einer dramatischen Corona-Pandemie seine gefährliche Politik der Desinformation und Destabilisierung dritter Staaten durch Cyberattacken ungerührt fortsetzt und angesichts großer Unruhen in vielen Teilen der Welt, wäre es lebensgefährlich“, so Lamers, „den Westen mit all seinen wirtschaftlichen Problemen und Herausforderungen jetzt auch noch in eine Vertrauens- und damit letztlich auch in eine Sicherheitskrise zu stürzen. Genau dies könnte ein unabgestimmter amerikanischer Truppenabzug aus Deutschland innerhalb von nur drei Monaten aber nach sich ziehen. Als überzeugter Transatlantiker erwarte ich von einem US-Präsidenten, dass „strategische Überlegungen“ dieser Dimension – sofern es sie denn überhaupt gibt – im NATO-Bündnis gemeinsam angestellt werden. Statt eines weiteren ‚Trumpschen Hüftschusses‘ bedarf es vielmehr eines vertrauensvollen Miteinanders und zuvor im Bündnis abgestimmter Entscheidungen. Ich setze jetzt voll und ganz auf die erfahrenen Kolleginnen

und Kollegen im US-Kongress, die um die herausragende Bedeutung derartiger Prinzipien im Umgang mit Freunden und Verbündeten und bilateral im Verhältnis zu Deutschland wissen. Eine sich verstärkende Sicherheitszusammenarbeit in Europa kann das Potenzial des NATO-Bündnisses lediglich ergänzen, aber sicher nicht ersetzen. Das wird auch auf längere Sicht gewiss so bleiben.

Deutschland ist ein verlässlicher Bündnispartner und leistet mit seinen exzellent ausgebildeten Soldatinnen und Soldaten gemeinsam mit seinen Bündnispartnern einen herausragenden Beitrag für Frieden und Freiheit in vielen Teilen der Welt.

Irritationen wie die jetzige Drohung mit einem eklatanten Teilabzug von US-Truppen aus Deutschland sollten unterbleiben. Sie böten nur Wladimir Putin die Chance, erneut eine Champagner-Flasche im Kreml zu köpfen – mit Blick auf eine weitere Destabilisierung des Bündnisses durch Zwietracht und Streit. Das sollte auch US-Präsident Trump erkennen. Wenn nicht, sollten wir ihn daran erinnern.“

PS: In einem Schreiben an den Leiter der US-Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO werde ich meine Parlamentskollegen bitten, sich dem Ansinnen des US-Präsidenten entgegenzustemmen. Dabei werde ich darauf verweisen, dass die Stationierung der US-Soldaten in Deutschland gerade auch für ihr Land enorme Vorteile mit sich bringt, u.a. auch dank



Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers MdB

Foto: Friederike Hentschel

der vorhandenen optimalen Infrastruktur. Das Wichtigste ist allerdings in meinen Augen, dass doch auch die USA mit der Corona-Pandemie, Millionen von Arbeitslosen und Protesten und Unruhen im ganzen Land schon genug offene Baustellen haben, um jetzt nicht völlig unnötig noch eine weitere im Sicherheitsbereich zu eröffnen. Was wir jetzt brauchen, sind Verlässlichkeit und Geschlossenheit im Bündnis und Offenheit im Umgang miteinander. In der Einigkeit liegt Kraft, gerade jetzt.

Meine größte Sorge ist, dass wir einer tiefgreifenden Erosion der internationalen Sicherheitsarchitektur entgegensteuern, die wir in Jahrzehnten nach dem Ende des Kalten Krieges aufgebaut haben und die uns Frieden und Sicherheit gebracht hat.

Aus dem Deutschen Bundestag

Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers MdB zum Vizepräsidenten des NATO-Parlaments gewählt

Der CDU-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Heidelberg/ Weinheim, Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers, ist vom Ständigen Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung der NATO, einem Leitungsgremium der führenden Mitglieder des Parlaments aus allen 30 NATO-Mitgliedsstaaten, zum neuen Vizepräsidenten gewählt worden. Die Sitzung fand im Rahmen einer Videokonferenz parallel in allen 30 NATO-Staaten von Washington über Heidelberg bis Ankara statt.

Mit Lamers ist erstmals in der Parlamentsgeschichte ein Abgeordneter der Versammlung erneut zum Vizepräsidenten gewählt worden, der zuvor bereits die Ämter des Präsidenten (2010-2012) und zweimalig des Vizepräsidenten (2006-2008 und 2012-2014) innehatte. Er ist damit der Abgeordnete, der am längsten in der Führungsspitze der Versammlung die internationale Politik mitgestaltet.

„Wir haben in den letzten Jahren grundlegende Veränderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik erlebt, die uns vor enorme Herausforderungen stellen. Die gegenwärtige Corona-Pandemie wird diese noch einmal dramatisch verschärfen und errungene Sicherheit und Stabilität in vielen Staaten gefährden. Zudem bestehen die großen sicherheitspolitischen Herausforderungen im Süden und Osten des Bündnisgebietes natürlich nach wie vor fort und auch der innere Zusammenhalt der Allianz muss wieder gestärkt werden. In einer Zeit, in der die Welt erkennt, dass man zusammenstehen muss, um die gegenwärtige Pandemie zu bewältigen, ist es für mich erschreckend, dass in Amerika ein Präsident im Amt ist, der im Moment dabei ist, die gewachsene Sicherheitsarchitektur nach dem Kalten Krieg einzureißen. Die Abkehr von internationaler Kooperation und die Aufkündigung bewährter multi-lateraler Verträge sind in

meinen Augen verhängnisvoll. Zusammenarbeit ist in unserer fragilen Welt notwendiger denn je. Ich freue mich außerordentlich, dass die Mitglieder des Ständigen Ausschusses in dieser schwierigen Zeit auf meine langjährige Erfahrung in der Versammlung setzen und mir so die Möglichkeit geben, erneut in der Führungsspitze des NATO-Parlaments gestaltend mitzuwirken“, so der Bundestagsabgeordnete Prof. h. c. Dr. Lamers. Lamers ist seit vielen Jahren Leiter der deutschen Delegation und Vorsitzender des Unterausschusses für Transatlantische Beziehungen im NATO-Parlament. Die NATO PV besteht aus 266 Parlamentariern aus 30 Mitgliedstaaten der NATO sowie Delegierten aus 12 assoziierten Staaten, Parlamentariern aus weiteren Partnerländern und Ländern mit Beobachterstatus – insgesamt 360 Abgeordneten. Sie ist das Bindeglied zwischen den nationalen Parlamenten und der Nordatlantischen Allianz.

Meine Stellungnahme zu den jüngsten Äußerungen der SPD-Vorsitzenden

Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers kritisiert SPD-Vorsitzende Esken: „Wir können stolz sein auf unsere Polizei in Deutschland“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Heidelberg/ Weinheim, Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers, hat die SPD-Vorsitzende Saskia Esken wegen ihrer jüngsten Äußerungen über einen „latenten Rassismus“ in der deutschen Polizei in einer Stellungnahme scharf kritisiert: „Wir haben in Deutschland hervorragend ausgebildete Polizistinnen und Polizisten, die täglich in zahlreichen schwierigen Kon-

fliktsituationen deeskalierend wirken und professionell ihre Arbeit leisten. In meinen Augen ist es völlig daneben, Polizistinnen und Polizisten, die für unsere Sicherheit sorgen und vielfach Leib und Leben für uns riskieren, unter Generalverdacht zu stellen. Das verbitte ich mir! Vielmehr ist es angebracht, der Polizei einmal „Danke“ für ihre tolle Arbeit zu sagen, gerade auch angesichts der vielfältigen Herausforderungen, denen sie Tag für Tag gegenübersteht. Die brutale Polizeigewalt in den USA hat mit unserer Polizei hierzulande nichts

zu tun. Wir können stolz sein auf unsere Polizei in Deutschland. Ich bin es!“

Die Aussagen der SPD-Vorsitzenden Esken sind leider auch bei diesem wichtigen Thema wieder einmal deplatziert und falsch. Zum Glück haben das auch viele ihrer eigenen Parteifreunde erkannt und sich distanziert. Respekt! Die Polizei verdient unsere Rückendeckung – aus Überzeugung“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Lamers.

Suche

Bauplatz

für den Bau eines Mehrfamilienwohnhäuses. Gerne auch mit Altbestand

Brigitte Nussbaum
Emil-Haag-Str. 27 · 71263 Weil der Stadt
Fon 07033 52 66-70

Brigitte Nussbaum
GmbH und Co. KG

Zu kaufen gesucht

Büro

... mindestens 200 m² Bürofläche , ebenerdig, ausreichend Parkplätze, gute Verkehrsanbindung

Emil-Haag-Straße 27
71263 Weil der Stadt
Fon 07033 5266-75
info@brigitte-nussbaum.de

 Brigitte Nussbaum
GmbH und Co. KG

Einblicke in meine Arbeit im Wahlkreis

Für viele Schriesheimerinnen und Schriesheimer gab es am Mittwochabend einen besonderen Grund zur Freude. Die Winzergenossenschaft Schriesheim e. G. lud auf den Obsthof Spieß zu einer Open-Air-Weinprobe ein. Eigentlich hätte an diesem Abend im Rahmen der Berlin-Fahrt die Weinprobe in der baden-württembergischen Landesvertretung stattfinden sollen. Leider konnte die Berlin-Reise aus den bekannten Gründen nicht erfolgen. Umso schöner, dass jetzt auf dem Obsthof Spieß zu einer öffentlichen Weinprobe mit den Schriesheimer Weinhoheiten 2020/2021 eingeladen wurde.

Ich danke der Weinkönigin Sofia Hartmann und ihren Weinprinzessinnen Fabienne Röger und Lena Meyer sowie dem Geschäftsführer der Winzergenossenschaft Schriesheim, Harald Weiss, für die tollen Ausführungen über die vorgestellten Weine. Es war ein sehr gelungener Abend – gerade nach einer so langen Zeit hat es mich sehr glücklich gemacht, wieder in so viele bekannte Gesichter blicken zu können. Herzlichen Dank auch an den Gastgeber Karl-Heinz Spieß für seine Gastfreundschaft.

Mit unserem Kreisvorsitzenden Stadtrat Alexander Föhr und meinem Landtagskollegen Dr. Albrecht Schütte MdL habe ich das Märchenparadies Heidelberg GmbH & Co. KG auf dem Königstuhl besucht. Seit 1974 wird das Märchenparadies von Familie Mouhlen, jetzt bereits in 2. Generation, sehr kreativ und beeindruckend gestaltet.

Im Gespräch mit dem Inhaber Herrn Mouhlen haben wir über das von ihm ausgearbeitete



Mit Weinprinzessin Fabienne Röger, Weinkönigin Sofia Hartmann und Weinprinzessin Lena Meyer

Hygiene- und Abstandsconcept gesprochen.

Am 29. Mai wird das Märchenparadies mit seinen zahlreichen Märchenpavillons und vielseitigen Be-tätigungs möglichkeiten auf über 29.000 qm Freizeitparkfläche unter den gegebenen Abstands- und Hygieneregeln vor-aussichtlich wieder öffnen.



Mit Dr. Albrecht Schütte MdL, Stadtrat Alexander Föhr und Herrn Mouhlen



NUSSBAUM Club

Das Bonusprogramm für über 2 Millionen Baden-Württemberger.

Nussbaum Club - so sparen Sie in Ihrer Umgebung und darüber hinaus. Weitere Infos zum Club unter:

www.lokalmatador.de/vorteilsclub

Aus dem Gemeinderat

Antrag der CDU-Fraktion zum Dynamischen Masterplan PHV setzt deutliches Zeichen für die Kirchheimer Landwirte

Die CDU-Gemeinderatsfraktion setzt sich gemeinsam mit der Wählervereinigung „Die Heidelberger“ für einen maßvoll modifizierten Dynamischen Masterplan PHV ein. In einem von der CDU und den „Heidelbergern“ gemeinsam eingebrachten Sachantrag stehen die Parteien zu dem Dynamischen Masterplan und begrüßen diesen. Um die vorgesehene Anzahl an Einwohnern und Arbeitsplätzen realisieren zu können, soll bei der weiteren Planung eine maßvollere Verdichtung im Inneren als Ziel aufgenommen werden. Landschafts- und Ressourcenverbrauch wie in den zurückliegenden Jahrzehnten erfolgt, sind für die CDU-Fraktion und die „Heidelberger“ nicht nachhaltig. „Uns liegen die Anliegen der Landwirte am Herzen und diese darf man nicht aus dem Auge verlieren,“ so Stadtrat Werner Pfisterer. „Es sind ganze Existzenen bedroht“, ergänzt Stadträtin Prof. apl. Dr. Nicole Marmé, die sich gemeinsam mit CDU-Stadtratskollegen und dem Kirchheimer Bezirksbeirat Altstadtrat Martin Ehrbar vor Ort direkt bei den Landwirten informierte. „Wie wichtig ein verantwortungsvoller Umgang mit Ackerflächen und lokal erzeugten Lebensmittel ist, hat die



Stadträte Alexander Föhr, Nicole Narmé, Otto Wickenhäuser und Bezirksbeirat Martin Ehrbar im Gespräch mit den Kirchheimer Landwirten

aktuelle Situation uns einmal mehr vor Augen geführt.“ Der Masterplan soll in einem dreistufigen Verfahren erfolgen. In der ersten Stufe erfolgt ein Aus- und Neubau auf dem Gelände des Patrick-Henry-Village. In einer zweiten Stufe, die frühestens 2030 erfolgen

soll, steht eine Erweiterung um 7 ha an, die im Flächennutzungsplan schon heute ausgewiesen ist. „Eine zusätzliche Erweiterung von 11 ha in der dritten Stufe kann nach Auffassung der CDU-Fraktion und den „Heidelbergern“ erst geprüft werden, wenn die vorher genannten Flächen städtebaulich entwickelt wurden. Ob es diese Notwendigkeit gibt, muss dann geprüft werden. „Wir werden uns dabei für jeden Hektar landwirtschaftliche Fläche einsetzen, der erhalten bleiben kann“, so Stadtrat und Kreisvorsitzender der CDU, Alexander Föhr. Nach zum Teil kontroverser Diskussion im Heidelberger Gemeinderat konnten sich die CDU, die „Heidelberger“ und die Grünen auf folgenden gemeinsamen Antrag einigen, dem mit großer Mehrheit zugestimmt wurde. Danach werden die derzeit landwirtschaftlich genutzten Flächen frühestens 2030 bebaut. Erst wenn die 7 ha Erweiterungsfläche bebaut wurde und weiterer Bedarf an Wohnraum besteht, kann die Entwicklung der weiteren Baufelder im Umfang von 11 ha fortgeführt werden. „Damit wird sichergestellt, dass die hervorragende Planung auf PHV mit bezahlbarem Wohnraum für 10.000 Einwohner und Gewerbeflächen für mehr als 5.000 zusätzliche Arbeitsplätze umgesetzt werden kann und gleichzeitig für die landwirtschaftlichen Betriebe Planungssicherheit geschaffen werden kann“ betonte CDU Fraktionsvorsitzender Dr. Jan Gradel in der Sitzung.

**EIN VIDEO SAGT MEHR
ALS 1000 BILDER**

A photograph of a modern, two-story house with a large glass facade and a stone base. The house is situated on a hillside overlooking a body of water and distant hills. The sky is clear and blue.

Egal ob Privathaus, Mehrfamilienhaus, Büro oder Ihre Gewerbeimmobilie

**WIR FILMEN IHRE IMMOBILIE
INNEN UND AÜBEN AB 700 € inkl. MWSt**

📞 +49 (0)163 635 25 03
✉️ Brigitte.Nussbaum@Brigitte-Nussbaum.de

Brigitte Nussbaum
GmbH und Co. KG

Freude am Wiederbeginn des gesellschaftlichen Lebens

Das Leben in der allerjüngsten Vergangenheit war maßgeblich von Einschränkungen bestimmt. Familie und Freunde konnten nicht uneingeschränkt gesehen werden und das gesellschaftliche Leben ging Richtung null. Diese Einschränkungen waren und sind notwendig. Dadurch, dass sich die überwältigende Mehrheit der Heidelbergerinnen und Heidelberger daran gehalten haben, ist es zu verdanken, dass der Virus in unserem Land, in unserer Stadt keine apokalyptischen Ausmaße annahm. In diesem Artikel soll es aber um ein schönes, freudiges Thema gehen. Nach den monatelangen wegen der Pandemie bedingten Schließungen von Restaurants, Cafés und Einzelhandelsgeschäften nimmt das gesellschaftliche Leben wieder Fahrt auf. Da wird einem mal wieder bewusst, wie schön im Leben doch die „kleinen“ Dinge sind. Die persönliche Freude ist groß, dass nun die Cafés und Bars in der Innenstadt wieder öffnen dürfen und das Leben in der Stadt wieder beginnt. Das Wetter zeigt sich von seiner angenehmsten Seite. Besonders schön empfinde ich die Tatsache, dass Restaurants momentan

einfach Tische im Außenbereich aufstellen dürfen, auf dem Gehweg oder wo auch immer es passt. Dies bringt ein neues Bild in unsere wunderschönen Stadt Heidelberg und ist wahrlich ein Augenschmaus. Die in diesem Zusammenhang getätigten unbürokratische Vorgehensweise der Stadt bei der Gestaltung von Erlaubnissen wird von der CDU mitgetragen und begrüßt. Genießen Sie das Flair unserer Heimatstadt, flanieren Sie durch die Straßen und Gassen, unterstützen Sie bitte unseren Einzelhandel und erfreuen sich am guten Essen der kurpfälzer Küche. Und am wichtigsten!

Bitte bleiben Sie gesund.



Foto: Erich Kaiser

Mehr Wirtschaft wagen

Die Corona-Pandemie hat zu weltweiten wirtschaftlichen Verwerfungen geführt, wie sie unser Planet seit den 1930er Jahren nicht mehr erlebt hat. Einnahmen brechen weg und die Ausgaben steigen gleichzeitig stark an. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise spürt auch die Kommune Heidelberg. Diese Krise kann aber auch eine Chance sein und zu einer Neuausrichtung des wirtschaftlichen Denkens führen. Unser Wohlstand basiert auch in unserer Heimatstadt Heidelberg auf einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, die den Industriestandort Heidelberg fördert und Wachstum generiert. Die CDU-Stadträte stehen hinter den Beschlüssen des Haupt- und Finanzausschusses vom 27. Mai 2020, die gewisse wirtschaftlichen Öffnungen ermöglichen. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Die CDU-Gemeinderatsfraktion fordert ein generelles Umdenken. Wir stehen für weniger Bürokratie und möchten den Bürokratieabbau beschleunigen. Für uns als Union ist es wichtig, Dinge zu ermöglichen- statt zu verhindern. Die Ermöglichungskultur bedeutet

auch, das Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Weniger Bürokratie ist gerade auch für den Mittelstand, den Handwerker und die Soloselbstständigen von großer Wichtigkeit. Sie würden den wirtschaftlichen Alltag enorm vereinfachen und für unsere heimische Wirtschaft sehr hilfreich sein. Denn gerade der Mittelstand bildet das wirtschaftliche Herz Heidelbergs. Gemeinsam können wir diesen Weg gehen, damit Heidelberg nach der Krise gestärkt in eine gute wirtschaftliche Zukunft blicken kann.



Foto: Erich Kaiser

Danke für Ihr verantwortungsbewusstes Handeln und bleiben Sie bitte gesund!

Aus dem Gemeinderat

Heidelberg hilft – machen Sie mit!

Die Ausbreitung des Corona-Virus hat zu vielen notwendigen Einschränkungen des öffentlichen Lebens geführt, die viele wirtschaftliche Bereiche bereits sehr stark getroffen haben und trotz erster Lockerungen noch treffen werden. Da die einzelnen Branchen ganz unterschiedlich stark betroffen sind, ist es schwierig, allen Bedürfnissen, Sorgen und Nöten gerecht zu werden. Die Stadt hat schon sehr früh reagiert, bspw. durch zinslose Stundungen von Forderungen. Jetzt sollen weitere Hilfsmaßnahmen eingeführt werden, von Gebührenbefreiungen (z.B. für die Außenbewirtschaftung) bis hin zur Auflage eines „Heidelberger-Solidaritäts-Gutscheins“, mit dem Sie gemeinsam mit der Stadt Ihren Lieblingsladen, -künstler oder -verein unterstützen können. All diese Hilfen, die demnächst im Gemeinderat verabschiedet werden müssen, haben voraussichtlich ein Volumen von bis zu 2,6 Mio. Euro. Obwohl dadurch die Schulden unserer Stadt weiter in die Höhe getrieben werden, stimmen wir diesem Hilfspaket zu, da die Maßnahmen richtig und wichtig sind.

Mindestens genauso wichtig wie öffentlichen Maßnahmen ist Ihre ganz persönliche Unterstützung. Während die Hauptstraße und die Neckarwiese wieder gut gefüllt sind, sind viele Läden (bspw. Kosmetik-Studios oder der Salzraum) und Praxen (bspw. Physiotherapie) immer noch kaum besucht, obwohl sich hier größte Mühe gegeben wird, das Infektionsrisiko äußerst gering zu halten. Überlegen Sie bitte, welche Geschäfte/ Praxen Sie normalerweise aufsuchen würden und falls Sie unsicher sind, rufen Sie einfach dort an und erkundigen Sie sich nach den Schutzvorkehrungen und wann es besonders leer ist.



Stadträtin Prof. apl. Dr. Nicole Marmé

Foto: Erich Kaiser

„Die Stadt Heidelberg hilft den Heidelberger Gewerbetreibenden und Kulturschaffenden - machen Sie mit!“

Stadträtin Prof. apl. Dr. Nicole Marmé

Die Gewerbetreibenden, Ärzte und Kulturschaffenden werden es uns danken, indem sie auch in Zukunft noch für uns da sind.

CDU setzt sich für die Wirtschaft ein

Dank des verantwortungsbewussten und umsichtigen Verhaltens der Heidelberger Bürgerinnen und Bürger werden auch in unserer Heimatstadt die Einschränkungen wegen der Corona-Pandemie gelockert. Der Weg zur Normalität wird ein langer sein, aber die ersten Alltagsschritte sind getan. Die CDU-Gemeinderatsfraktion setzt sich weiterhin für die Betriebe und Unternehmen ein. Ziel ist es, den Mittelstand, die Handwerksbetriebe und Kleinstunternehmer, die das wirtschaftliche Rückgrat unserer Stadt bilden, zu fördern. Wir CDU-Stadträte tun unser Bestmögliches und stehen hinter den Förderprogrammen der Landesregierung, die maßgeblich von der CDU-Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut initiiert werden. Die seit März laufenden Soforthilfeprogramme des Landes werden weitergeführt. „Dabei werden wir eine Erweiterung des Programms zwischen 51 und 100 Beschäftigten – mit bis zu 50.000 Euro Direktzuschuss vorsehen“, so die Ministerin. Für das besonders massiv unter der Krise zu leidende Gastgewerbe kündigte

das Wirtschaftsministerium Liquiditätshilfen an. Geplant ist eine einmalige Hilfe von 3.000 Euro für betroffene Betriebe, die um jeweils 2.000 Euro für jeden Beschäftigten erhöht wird. Seit dem 18. Mai dürfen in unserem Bundesland unter Berücksichtigung der Hygienevorschriften Gaststätten ihre Innen- und Außenbereiche schrittweise wieder öffnen. Die CDU ist ferner im Gespräch mit Vertretern des Schaustellergewerbes. Unser Ziel ist es, unverschuldet Pleiten von Betrieben, oft Familienunternehmen mit langer Tradition, zu verhindern. Wichtig ist weiterhin, dass wir als Stadtgesellschaft zusammenhalten und gemeinsam diese Krise überstehen.



Stadtrat Otto Wickenhäuser

Foto: Erich Kaiser

„Wir setzen uns weiterhin für unsere Handwerksbetriebe, Kleinstunternehmer und den Mittelstand ein!“

Stadtrat Otto Wickenhäuser

Bleiben Sie bitte gesund!

Familien im Fokus

Liebe Heidelbergerinnen, liebe Heidelberger,

die Unterstützung der Heidelberger Familien war zentrales Thema der letzten Gemeinderatssitzung. Mit den Stimmen der CDU-Fraktion wurde ein Rahmenvertrag für drei neue Kitas auf den Weg gebracht. Sie werden in Holzmodulbauweise entstehen (schnell, kostengünstig, ökologisch). Geplante Standorte sind Breisacher Weg (Rohrbach), Furtwängler Straße (Handschuhsheim) und Otto-Hahn-Straße (Emmertsgrund). Die bereits beschlossenen Kitaneubauten an anderer Stelle werden natürlich auch realisiert. Das ist gut so, denn der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen steigt nach wie vor.

Weitere wichtige Beschlüsse: Die Kindertagespflegepersonen erhalten die ausstehenden Förderleistungen im Laufe dieser Woche. Wir lassen sie nicht im Stich. Für die Kitas nicht-städtischer Träger gibt es ebenfalls gute Nachrichten. Die Stadt übernimmt die Elternbeiträge in der Zeit, in der die Kitas geschlossen bleiben. Die städtischen Zuschüsse an die Kitas werden weitergezahlt, auch wenn keine

Betreuung stattfindet. Die Kosten dafür betragen rund 1,5 Millionen Euro im Monat. Unterstützung für die Kommunen kommt vom Land. Die bereits zur Verfügung gestellten 200 Millionen Euro sind dabei lediglich eine Soforthilfe. Die CDU setzt sich für weitere Landesmittel für die Kommunen ein. Ein erster Erfolg ist die komplette Kostenübernahme der Schülerbeförderung (RNV Maxx-Ticket) für zwei Monate durch das Land. Die Botschaft ist klar: Wir sparen auch in dieser Situation nicht an Familien und Kindern. Auch zukünftig werden wir gute und leistungsfähige Betreuungsangebote in der Stadt haben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der CDU-Fraktion wichtig.



CDU

Foto: Erich Kaiser

Bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße
Alexander Föhr

Coronavirus und seine Auswirkung auf die Gesellschaft und die Wirtschaft

**Liebe Heidelbergerinnen,
liebe Heidelberger,**

die Corona-Krise beschäftigt uns alle leider viel länger als wir alle dachten. Nicht nur, dass unsere persönliche Freiheit erheblich eingeschränkt ist, richtet das Virus auch riesigen wirtschaftlichen Schaden an. Der besondere Dank der CDU-Fraktion gilt allen Personen und Einrichtungen, wie bspw. der Stadtverwaltung, den Kliniken, der Rettungsdienste und dem Verkaufspersonal, die in dieser Krise eine hervorragende Arbeit leisten (in die Liste könnten zahlreiche weitere Personengruppen aufgenommen werden). Um sich mit den Auswirkungen der Krise konkret zu beschäftigen, hat die CDU-Gemeinderatsfraktion sowie unser betreuender Landtagsabgeordneter Dr. Albrecht Schütte am 27. April den Europäischen Hof besucht. Frau Dr. Caroline von Kretschmann, die mittlerweile das 5-Sterne-Hotel führt, welches seit 1865 in Familienbesitz ist, erklärte uns die aktuelle schwierige finanzielle Lage des Hauses, aber auch der Beschäftigten. Auch wenn

viele Maßnahmen aktuell helfen, ist bis auf weiteres nicht abzusehen, wann die Übernachtungen, gerade der ausländischen Touristen oder Medizin-Touristen, wieder anlaufen. Das heißt: Die Zeiten für die Hotellerie-Branche bleiben schwierig. Auch wenn manche Restaurants oder Hotels Lieferservice anbieten, ist dies nur ein sehr kleiner Teil der notwendigen Einnahmen, um die Kosten zu decken. Generell nochmals der Hinweis: damit die Krise so schnell wie möglich vorbeigeht, ist es wichtig, dass wir alle Masken tragen, Abstand halten und die Hygieneregeln beachten.

Nur so können wir Corona überwinden.



CDU

Foto: Erich Kaiser

Bleiben Sie gesund!!!

Aus dem Gemeinderat

Maske auf, HD!

In Bussen, Bahnen, öffentlichen Gebäuden und beim Einkaufen gilt jetzt die Maskenpflicht. So schützen wir andere und kommen Schritt für Schritt wieder zu mehr Leben. Selbstgemachte Masken oder Schals, die Mund und Nase bedecken, sind ausreichend. In der letzten Zeit habe ich viele kreative Modelle und Initiativen gesehen: unser Theater und Orchester hat Masken für unsere Feuerwehr genäht und das Dezernat 16 hat mit Unterstützung von Uniklinikum und OB die Kampagne „Maske auf, HD!“ gestartet. Vielen Dank an alle, die Masken genäht oder bei der Beschaffung und Verteilung mitgeholfen haben (wie z.B. unser Fraktionsvorsitzender Dr. Jan Gradel über seine China-Kontakte oder der Weststadtverein). Eine perfekte Kombination aus Eigeninitiative, Kreativität und Solidarität!

Einige Unternehmen haben individuelle Masken für ihre Mitarbeiter und Kunden produzieren lassen. Eine coole Maske hat z.B. Konrad Brendlein, der Inhaber der Eisdiele ok kool in Wieblingen, gestaltet und lokal bei Welldone Studios in der Altstadt pro-

duzieren lassen. Apropos lokal: durch den Kauf von Gutscheinen, Waren und Speisen können wir unsere Betriebe und Gastronomie unterstützen. Häufig wird man vom Chef persönlich beliefert: so wie beim Neuenheimer Restaurant Zum Achter. Chef Uschi Krauß macht das vorbildlich: immer freundlich mit Maske und umweltfreundlich mit dem Fahrrad. Toll, mit wie viel Herzblut und Einsatz unsere „Locals“ Lösungen finden, um die Krise zu meistern. Unterstützen wir sie, damit sie auch nach der Krise noch da sind!

Und damit die Krise bald vorbei ist, ist es wichtig, dass wir alle Masken tragen, Abstand halten und die Hygieneregeln beachten. Gemeinsam sind wir stärker als Corona!



Stadtrat Matthias Kutsch

Foto: Erich Kaiser

**Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund,
Ihr Matthias Kutsch**

CDU lobt: Konjunkturpaket nutzt Heidelberg

Die Bundesregierung hat umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie beschlossen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Unterstützung der Städte und Gemeinden. Die CDU in Heidelberg lobt die Bundesregierung für dieses eindeutige Zeichen. „Die Unterstützung der Städte und Gemeinden ist wichtig. Hier erleben unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger direkt, ob „Staat“ funktioniert oder nicht“, sagt der Kreisvorsitzende der CDU Heidelberg Alexander Föhr. Der kommunale Solidarpakt sieht vor, dass die krisenbedingten Gewerbesteuerausfälle kompensiert werden. „Das ist ein wichtiges Signal, das auch für Heidelberg eine millionenschwere Hilfe bedeuten wird. Umgerechnet würde die Stadt in zweistelliger Millionenhöhe entlastet“, weiß der Vorsitzende der CDU-Gemeinderatsfraktion, Dr. Jan Gradel.

Auch die beschlossenen Maßnahmen zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) werden Heidelberg deutlich entlasten. Das Maßnahmenpaket sieht zum einen Ausgleichszahlungen des Bundes für die verringerten Fahrgeldeinnahmen vor, zum anderen

soll es den Ländern ermöglicht werden, den ÖPNV-Unternehmen wie der rnv Beihilfen zu leisten. „Der Ausgleich des rnv-Defizits wurde von der Stadt zuletzt auf über 9 Millionen Euro beziffert. Das zeigt, wie wichtig es für Heidelberg ist, dass der Bund hier tätig wird. Wir wollen auch zukünftig ein leistungsfähiges Bus- und Bahnangebot in der Region vorhalten“, so Föhr. Hinzu kommen noch weitere Maßnahmen, von denen Heidelberg profitieren kann. Föhr nennt hierbei das Förderprogramm für den Sportstättenbau, das Aus- und Umbauprogramm für Kitas, Krippen und Kindergärten sowie das Investitionsprogramm Schule für den Ausbau der Ganztagsbetreuung und der digitalen Infrastruktur. Zudem stehen zusätzliche Mittel für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung. „In all den genannten Bereichen gilt es nun, die schon vorhandenen städtischen Pläne klug mit der Bundes- und Landesförderung abzustimmen. Wenn das gelingt, kann Heidelberg im mittleren zweistelligen Millionenbereich profitieren und der städtische Haushalt wird massiv entlastet. Zudem werden die Bürger von den gesetzten Impulsen profitieren“, ist Dr. Jan Gradel überzeugt. Gut sei zudem, dass durch



Plakate: Erich Kaiser

Aus dem Gemeinderat

die Entlastung der Druck sinke, bei den freien Trägern Kürzungen vorzunehmen. Somit profitieren auch gerade die sozial und für die Gemeinschaft Engagierten in Heidelberg. Ein weiterer Punkt, der Heidelberg zugutekommt ist die Übernahme von bis zu 75% der Kosten der Unterkunft (KDU). Hier hatte die Stadtverwaltung zuletzt deutliche Mehrkosten prognostiziert, von denen die Stadt nun entlastet wird.

Nachdem die CDU-geführte Bundesregierung den Kommunen massive Unterstützung zu kommen lässt, sehen die CDU-Stadträte nun die Kommunalpolitik in der Pflicht. „Wir müssen in Heidelberg die richtigen Lehren ziehen,

damit wir nicht nur mit einem blauen Auge davonkommen, sondern auch die Weichen für die Zukunft stellen“, so stellvertretender Fraktionsvorsitzender Werner Pfisterer. „Die Überbrückungshilfen für besonders betroffene Unternehmen werden auch in Heidelberg vielen Betrieben helfen. Wir müssen nun auch vonseiten des Gemeinderats dafür sorgen, dass wir als Stadt Wachstumsimpulse setzen. Das bedeutet Investitionen für unsere Wirtschaft und damit für neue Arbeitsplätze“, ergänzt Föhr. Was sich die Stadt nicht mehr erlauben kann zeigt sich aus Sicht der CDU auch bei Bürgerbeteiligungsprozessen, die zwar wichtig sind, aber deutlich kosteneffizienter

gestaltet werden müssen. „Ein Verfahren wie zum Masterplan Neuenheimer Feld, das immer weiter aufgeblättert und in die Länge gezogen wird und das die Bürgerinnen und Bürger bereits jetzt mehrere Millionen Euro gekostet hat, kann sich die Stadt in bisheriger Form zukünftig nicht mehr leisten“, so Stadträtin Prof. apl. Dr. Nicole Marmé. „Es ist keinem Engagierten im Sport-, Kultur- oder Sozialbereich zu vermitteln, dass überall jeder Euro umdreht wird und sich die Stadt auf der anderen Seite Luxus-Prozesse gönnt.“ Die CDU will jetzt klug in die Zukunft investieren und nicht in teure, zähe und ergebnislose Verfahren.

Jahresempfang des CDU Kreisverbandes mit Polizeipräsident Andreas Stenger

Zum Jahresempfang begrüßte der CDU Kreisverband Mannheims Polizeipräsident Andreas Stenger, der über das Thema "Sicherheit und ihre Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt" sprach.

Der Kreisvorsitzende Alexander Föhr betonte, dass sich die CDU in Heidelberg schon immer intensiv für das Thema Sicherheit einsetze - sei es durch den Einsatz für Videokameras an Kriminalitätsschwerpunkten, für die Initiative "Sicherheitspartnerschaft" zwischen Polizei, Land und Stadt oder für die kommende Wiedereinführung eines Sirenen-Warnsystems. Aus objektiver Sicht von Polizeipräsident Andreas Stenger sei Heidelberg "sehr sicher" und "eine Musterkommune, was Kriminalprävention angeht". Jedoch hob er hervor, dass das subjektive Sicherheitsempfinden ein anderes sein könnte. Angsträume, Verwahrlosung und Dreck im öffentlichen Raum oder

auch Auto-Poser könnten "Zerfallsspiralen" in Gang setzen. Die Sicherheit im öffentlichen Raum sei ein wichtiges Thema bei Kontrollen, gleichzeitig sehe er aber eine Verschiebung von Straftaten hin zur Cyberkriminalität, denn der Cyberraum sei ein gewinnbringendes Aktionsfeld mit guter Struktur für Tatgelegenheiten und geringem Entdeckungsrisiko. Eine besondere Herausforderung in der Region sei aber auch die Vielzahl an öffentlichen Veranstaltungen wie Demonstrationen oder Fußballveranstaltungen. Letztlich, so machte er

deutlich, sei er zuständig für das Durchsetzen des Legalitätsprinzips. Für seinen munteren und informativen Vortrag gab es viel Beifall.



Stadtrat Alexander Föhr, Polizeipräsident Andreas Stenger, Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers MdB



Polizeipräsident Andreas Stenger



Stadtrat Alexander Föhr

Fotos: Sentiana Schwerin

Aus den Ortsverbänden

Redaktionshinweis

Liebe Mitglieder der CDU Heidelberg,

der nächste Redaktionsschluss für das Mitgliedermagazin ist am Sonntag, den 16. August 2020 um 12:00 Uhr.

Bitte senden Sie Berichte und Fotos sowie Termine, die Sie gerne in unserem Mitglie-

dermagazin veröffentlichen möchten, an folgende E-Mailadresse: sentiana.schwerin@cdu-heidelberg.de

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen!

**Herzliche Grüße
Sentiana Schwerin**

Sperrung des Langen Anger aufgehoben

Es gibt gute Nachrichten: Ab sofort ist die Sperrung des Langen Anger aufgehoben!

Der einstweilige Rechtsschutz, den Herr Dr. Jaschinski beantragt hat, hatte aufgrund der Rechtswidrigkeit des Vorgehens der Stadt vollen Erfolg. Wir danken hiermit für seine Initiative und sein Engagement.

Die CDU hat sich von Anfang an und kontinuierlich gegen diese wenig durchdachte und völlig unverhältnismäßige Maßnahme eingesetzt. Die dringend erforderliche Diskussion in den politischen Gremien wird nun endlich nachgeholt. Die CDU wird sich auch weiter

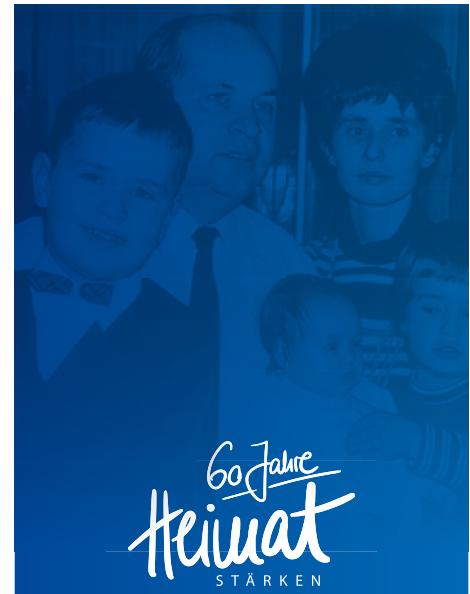
für eine durchdachte Lösung einsetzen, welche die Interessen aller Verkehrsteilnehmer und Anwohner zu einem sinnvollen Kompromiss führt.

Es ist nun zunächst während der Bauarbeiten an den Pfaffengrunder Terrassen eine Verengung auf eine Spur und danach eine wechselseitige Verengungen des Langen Angers zur Geschwindigkeitsreduktion geplant.

Ein neuer Anlauf der Stadtverwaltung zur Sperrung des Langen Anger befindet sich derzeit im Gremienverlauf.



Foto: CDU Bahnstadt



»Als inhabergeführtes Familienunternehmen gehören soziales Engagement, regionale Verbundenheit und nachhaltiges Handeln zu der Philosophie von Nussbaum Medien. Und das seit 1959.«

Wenn man in Baden-Württemberg über Amtsblätter spricht, kommt man an dem Familienunternehmen Nussbaum Medien nicht vorbei. Die Verlagsgruppe ist mit ihren 10 Niederlassungen in Weil der Stadt, St. Leon-Rot, Bad Rappenau, Rottweil, Ebersbach an der Fils, Horb, Dusslingen, Gaggenau, Echterdingen und Ettlingen tief in diesem Marktsegment verwurzelt.

Mit über 560 Mitarbeitern und einer wöchentlichen Auflage von mehr als 1,1 Millionen Exemplaren, die in über 380 Städten und Gemeinden erscheinen, ist das Unternehmen klarer Marktführer in Baden-Württemberg.

Nussbaum Medien unterstützt das aktive gesellschaftliche Leben in dieser Region. Dem Claim und Motto „Heimat stärken“ möchte die Verlagsgruppe durch ihre Entscheidungen und ihr Tun gerecht werden.

www.nussbaum-medien.de



Aus den Vereinigungen / Senioren Union / Frauen Union

Kolumne

Als Kreisvorsitzender der Senioren-Union Heidelberg möchte ich Ihnen einen Auszug aus den Grundsätzen der Senioren-Union vorstellen:

„Die ältere Generation repräsentiert die Summe der Erfahrungen unzähliger Lebensjahre und damit das Herzstück unserer Gesellschaft. Für die Gestaltung von Deutschlands und Europas Zukunft sind ihr Wissen, ihre Weisheit und ihr Weitblick unverzichtbar. Es sind die Interessen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, die unser Handeln leiten. Es ist Auftrag und Pflicht der Senioren-Union, die Stimmen der älteren Generation in Politik und Gesellschaft einzubringen. Alle Mitglieder unserer Vereinigung tragen dazu bei, politische und gesellschaftliche Herausforderungen offen anzusprechen und den Demographischen

Wandel mit zu gestalten. Die ältere Generation repräsentiert die demokratische Mitte. Bei Wahlen auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene ist die Beteiligung der über 60-Jährigen stets überdurchschnittlich hoch. Sie setzen mit ihren Stimmen ein klares Zeichen für die Union und für politisches und gesamtgesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein. So sind Seniorinnen und Senioren Bewahrer und Gestalter zugleich. Wir christlich-demokratischen Seniorinnen und Senioren sind der gesellschaftliche Anker Deutschlands. Ihr Alter ist wertzuschätzen, ihre Erfahrungen sind zu nutzen und ihr Wissen weiterzugeben. Es ist unser Anliegen, ein realitätsnahes und positives Bild des Alters und Alterns zu vermitteln und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Der Mensch steht im Mittelpunkt. Er hat die

Freiheit, sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten und möglichst lange aktiv und unabhängig“.

Es ist das Ziel der Arbeit der Senioren-Union vor Ort, diese Grundsätze mit Leben zu erfüllen sowie den Seniorinnen und Senioren eine Stimme zu geben. Es gilt, bei Entscheidungen, besonders auf kommunaler Ebene, mitzuwirken, denn davon ist jeder Einzelne betroffen. Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitarbeit!

Ihr

Peter Weidenheimer
Kreisvorsitzender der SU Heidelberg

**Senioren
Union** CDU

Social Media Aktion zum Muttertag

Ein Tag im Kalenderjahr gebührt den Müttern, dabei sollte man sie an jedem Tag im Jahr feiern! Denn eine Mutter gibt es für alle Menschen nur ein einziges Mal. Nicht nur am Muttertag ist die Mama deshalb eine besonders wichtige Person im Leben jedes Menschen; aber am Muttertag ist jede Mutter die Hauptperson des Tages.

Da die alljährliche Rosenaktion der Frauen Union Heidelberg auf dem Bismarckplatz dieses Jahr leider ausfallen musste, hat sich die FU mit einer Aktion auf Social Media bei allen Heldinnen des Alltags für ihren immerwährenden Einsatz bedankt. Den Damen der FU Heidelberg war es ein großes Anliegen, ihren Muttertagsgruß trotz der aktuellen Situation zu überbringen.

Es grüßt Sie herzlich & bleiben Sie gesund!

Prof. apl. Dr. Nicole Marmé
Kreisvorsitzende & Stadträtin

FU! *Frauen Union
Heidelberg*



Autor: Sentiana Schwerin

Foto: Prof. apl. Dr. Nicole Marmé

Forderung nach Abschaffung des Verfassungsschutzes:

Junge Union fordert Klarstellung von Heidelberger Grünen und SPD –

„Gefährliches Verständnis von Rechtsstaatlichkeit“

Die Junge Union Heidelberg fordert die Heidelberger Kreisverbände von Grünen und SPD auf, klarzustellen, wie sie zur Forderung ihrer Jugendverbände stehen, den Verfassungsschutz abzuschaffen.

Der Berliner Verfassungsschutz hatte zuvor die Anti-Kohlekraft-Initiative „Ende Gelände Berlin“ als linksextremistisch eingestuft, weil diese „Gewaltanwendung mindestens billigend in Kauf“ nehme. Dies nahmen die Jugendorganisationen von SPD, Grünen und Linken zum Anlass, gemeinsam die Abschaffung des Verfassungsschutzes zu fordern. Der Verfassungsschutz setze „rechten Terror und den Einsatz für Klimagerechtigkeit“ gleich und sei daher nicht in der Lage, „faschistische Tendenzen angemessen zu bekämpfen“, heißt es in der gemeinsamen Stellungnahme von Grüner Jugend, Jusos und Solid.

Die Grüne Jugend Bayern legte anschließend noch einmal nach, als sie sich in einem Instagram Post ironisch selbst als linksextremistisch bezeichnete.

„Wir halten die Forderung für höchst problematisch und gefährlich. Der Verfassungsschutz

ist eine der wichtigsten Säulen unserer wehrhaften Demokratie. Es gehört damit zu seinen Aufgaben, linken wie rechten Extremismus zu überwachen und zu bekämpfen. Wer glaubt, der Verfassungsschutz sei auf dem rechten Auge blind, nur weil er auch Linksextremismus als Problemfeld benennt, weist ein seltsames Verständnis von Rechtsstaatlichkeit auf.

Der Verfassungsschutz stand zwar in der Vergangenheit wegen Skandalen wiederholt in der Kritik. Aber unter anderem an der Einstufung des AfD-„Flügels“ als rechtsextrem kann nun wirklich jeder erkennen, dass dieser nicht auf einem Auge blind ist. Reformen sind angebracht, die Abschaffung dagegen völlig verfehlt.“, erklärte die kommissarische Vorsitzende der JU Heidelberg, Jasmin Becker.

„Was die Jugendorganisationen da veranstalten, ist ein gefährliches Spiel mit unserem Rechtsstaat. Wer Gewalt zur Durchsetzung seiner politischen Ziele befürwortet, ist ein Extremist. Wer diese Gruppierung verteidigt, weil deren Ziel opportun erscheint, verschafft Extremisten Legitimation.“

Zudem schließt man sich damit der AfD an, die

die Abschaffung ebenfalls fordert.

Dagegen sich auch noch selbst – wenn auch scherhaft – als linksextremistisch zu bezeichnen, wie es die Grüne Jugend Bayern tat, ist an politischer Dummheit nicht mehr zu überbieten.“, zeigte sich Jasmin Becker entsetzt.

Becker forderte weiter: „Wenn schon die Bundesspitzen von Grünen und SPD sich nicht zu dem Vorfall äußern, müssen die die Heidelberger Verbände erklären, wie sie dazu stehen. Die Heidelberger haben ein Recht zu erfahren, ob sie bei der Landtagswahl 2021 im Beiboot Unterstützer solcher Forderungen in den Landtag wählen. Schließlich ist auch der Juso-Vorsitzende, Kevin Kühnert, stellvertretender Vorsitzender der SPD und bestimmt damit deren Kurs maßgeblich mit. Mit bürgerlicher Politik haben diese Forderungen jedenfalls nichts zu tun!“

Die JU Heidelberg sei sich einig: „Wir stehen hinter dem Verfassungsschutz als Säule unserer wehrhaften Demokratie!“



Das sind wir unserer älteren Generation schuldig

Der Covid 19 Virus lebt weiterhin und ist nach wie vor hochansteckend und auch bedrohlich insbesondere für unsere ältere Generation in den Alten – und Pflegeheimen in Deutschland, die zur Risikogruppe gehören.

Es gibt mehr als 11 000 Seniorenheime in Deutschland mit durchschnittlich 73 Plätzen. Oftmals werden die Heimleitungen von der Politik alleingelassen und sind völlig auf sich gestellt. Das ist insbesondere dann verhängnisvoll, wenn kein Hygienekonzept auf kommunaler Ebene etabliert ist. Dann ist die Gefahr groß, dass in einer akuten Krisensituation (wenn in einem Altenheim der Virus ausgetragen ist) die Verantwortlichen überfordert werden: Wenn dann aus Personalmangel, noch Zeitarbeitnehmer eingestellt werden und diese nicht richtig ausgebildet und eingewiesen sind und die richtige Schutzausrüstung fehlt – haben wir ein hausgemachtes „Gefangenendilemma“ für alle Beteiligte und Betroffene.

Nach meiner Wahrnehmung und Einschätzung geht es in einem Alten- und Pflegeheim ständig darum, abzuwägen wie viel Schutz

geboten werden kann und wo die Freiheit eingeschränkt werden darf. Es gibt Altenheime, die schotten sich im Krisenfall völlig ab. Andere wägen ab – und lockern die Kontaktsperreregeln und wohlüberlegt unter Beteiligung der Bewohner – schließlich gehört Sterben zum Leben dazu?

Ja und nein. Diese schwierige Gradwanderung gilt es derzeit im Zeitalter von Corona zu meistern. Oftmals ist Kreativität und Einfallsreichtum vor Ort gefragt. In meiner Stadt wurde im Ortsteil Wieblingen z.B. ein Gartenhäuschen kurzerhand als Besucheridyll im Garten erfolgreich umgewidmet. Trotz Besucherverbot konnte so ein Kontakt von Angesicht zu Angesicht ermöglicht und etabliert werden. Aber auch in einer Krise muss abgewogen werden – ggf. auch harte einschneidende Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu treffen: Denn oftmals kommt das Virus von außen.

Derzeit gibt es auch Überlegungen zu strategischen Tests. Sogenannte Pool-Tests. Sie zeichnen sich durch eine hohe Testfrequenz und zeitnahe Ergebnisse aus. Außerdem sind sie

kostengünstiger als Einzeltests. Um die Strategie der Früherkennung und Isolierung effektiv umzusetzen ist eine Erweiterung dieser Screeninguntersuchung wichtig, gerade für systemrelevante Berufsgruppen wie Ärzte, Krankenschwestern, Polizei, Feuerwehr, Alten- und Pflegeheime und der Nahrungsmittelindustrie. Wichtig bei allen abzuwägenden Schutzmaßnahmen ist eine gute und transparente „Krisenkommunikation. Zum einen nach innen Richtung eigenes Pflegepersonal und zu den Altenbewohner, aber auch nach außen Richtung Angehörige (Kunden). Sterben gehört zum Leben dazu. Das stimmt. Wir sind es aber unserer älteren Generation schuldig, diese nach besten Wissen und Gewissen so lange wie möglich glücklich am Leben zu erhalten und sie vor dem gefährlichen Virus zu schützen.“

Das gebietet unser christlich-soziales Menschenbild.



Tilo Müller als Kreisvorsitzender der MIT Heidelberg im Amt bestätigt

Nach Neuwahlen ist die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) im Kreisverband Heidelberg gut aufgestellt. Alter und neuer Kreisvorsitzender ist Tilo Müller. Der studierte Jurist, Betriebswirt und Bankenprüfer ist selbständiger Unternehmensberater, der vorwiegend für mittelständische Unternehmen und Banken deutschlandweit tätig ist. Er wurde von der Mitgliederversammlung Anfang März 2020 einstimmig als Kreisvorsitzender im Amt bestätigt.

Tilo Müller führt den Kreisverband Heidelberg seit dem Jahr 2017 und ist außerdem in der vierten Periode Bezirksvorstandsmitglied der MIT Nordbaden. Daneben ist er auf baden-württembergischer Landes- und Bundesebene der MIT aktiv. Für die Interessen und Belange mittelständischer Unternehmen setzt er sich daneben im Kreisvorstand der Heidelberger CDU und in weiteren Gremien ein. In der letzten Landtagswahlperiode leitete er die Arbeitsgruppe: „Baden-Württemberg - das Mittelstandsland“ im Landesfachausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU Baden-Württemberg. Daneben ist er stellv. Kreisvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung Heidelberg und stellv. Vorsitzender des CDU Stadtbezirksverbandes Heidelberg-Kirchheim.

Nicht mehr kandidiert aus privaten Gründen hat seine Stellvertreterin und Stadträtin Kristina Essig, bei der er sich für die langjährige Mitarbeit in der MIT Heidelberg bedankte. Um die herausfordernden Aufgaben der Zukunft besser meistern und die Arbeit auf mehrere Schultern verteilen zu können, wählte der Kreismittelstandstag nun drei Stellvertreter. Es sind dies, der Unternehmer und Vorsitzende der Freien Wähler Vereinigung e.V.



Kreisvorstand der MIT Heidelberg

Foto: Privat

Heidelberg Frank Beisel, der Rechtsanwalt und Geschäftsführer beim Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft e.V. Christoph Glaser sowie der Geschäftsführer der JAS – Jan Segenwitz GmbH und Vizepräsident der Perkeo-Gesellschaft Heidelberg 1907 e.V. Andreas Ziegler.

Neu im Amt des Schatzmeisters ist der Kaufmann Hans-Werner Lindgens, der unter anderem Ehrensenator der EBS Universität für Wirtschaft und Recht und Träger des Bundesverdienstkreuzes ist. Er tritt die Nachfolge von Steuerberater Bernhard Müller an, der aus zeitlichen Gründen nicht mehr kandidierte.

Das Amt der Pressreferentin übernimmt die Vorsitzende des bedeutenden CDU- Stadtbezirksverbandes Rohrbach-Boxberg-Emmerts-

grund aus dem Heidelberger Süden, Karin Weidenheimer, die als Verwaltungsbeamtin im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg die Sorgen und Nöte des Mittelstandes ebenfalls spüren kann.

Als Schriftführerin und Internetbeauftragte fungiert die Rechtsanwältin einer Heidelberger Großkanzlei Anna Köhler, die zugleich Kreisvorsitzende der Jungen Union Rhein-Neckar ist.

Komplettiert wird der MIT Kreisvorstand durch Hannes Gutjahr, der weiterhin als aktiver Beisitzer dabei ist.



Noch mehr Jobs in Ihrer Region!

jobsuche **BW**

www.jobsuchebw.de

Was? Wann? Wo?

Terminübersicht

Was? Wann? Wo?

Feststehende Veranstaltungen

(Stand: 18.06.2020)

JU mit CDU: Digitale Veranstaltung mit der Spaltenkandidatin der CDU Baden-Württemberg Dr. Susanne Eisenmann

» 2. Juli um 19:00 Uhr
Einwahl über zoom.com (Meeting beitreten): Meeting-ID 486 120 9458

Wahlkreisvertreterversammlung zur Nominierung der Landtagskandidatin für den Wahlkreis 34 - Heidelberg

» 18. Juli um 10:00 Uhr
Gesellschaftshaus Pfaffengrund
Schwalbenweg 1/2, 69123 Heidelberg

Bürgersprechstunde von Stadtrat Werner Pfisterer und Altstadtrat Martin Ehrbar

» 20. Juli von 16:00 bis 17:00 Uhr
Büro des Stadtteilvereins im Bürgerzentrum in Kirchheim
Hegenichstraße 2a, 69124 Heidelberg
(Anfragen und Ideen können natürlich auch außerhalb der Sprechstunde unter 0171-5564976 Werner Pfisterer oder 0172-6606928 Martin Ehrbar eingebracht werden)

Bürgersprechstunde von Stadträtin Prof. apl. Dr. Nicole Marmé und Stadtrat Werner Pfisterer

» 20. Juli um 17:15 Uhr
Räumlichkeiten der CDU-Fraktion im Heidelberger Rathaus

Marktplatz 10, 69117 Heidelberg
(Terminvereinbarungen hierzu bitte unter der Telefonnummer 06221-5847160 oder via E-Mail werner@pfisterer.net bzw. info@nicole-marme.de)

Wahlkreisvertreterversammlung zur Nominierung des Bundestagskandidaten für den Wahlkreis 274 - Heidelberg/Weinheim
» 25. Juli um 10:00 Uhr
Jahnhalle Dossenheim
Gerhart-Hauptmann-Straße 9,
69221 Dossenheim

Bürgersprechstunde von Stadtrat Werner Pfisterer und Altstadtrat Martin Ehrbar

» 27. Juli von 16:00 bis 17:00 Uhr
Gesellschaftshaus Pfaffengrund
Schwalbenweg 1/2, 69123 Heidelberg
(Anfragen und Ideen können natürlich auch außerhalb der Sprechstunde unter 0171-5564976 Werner Pfisterer oder 0172-6606928 Martin Ehrbar eingebracht werden)

Bürgersprechstunde von Stadtrat Werner Pfisterer und Altstadtrat Martin Ehrbar

» 17. August von 16:00 bis 17:00 Uhr
Büro des Stadtteilvereins im Bürgerzentrum in Kirchheim
Hegenichstraße 2a, 69124 Heidelberg

Bürgersprechstunde von Stadträtin Prof. apl. Dr. Nicole Marmé und Stadtrat Werner Pfisterer

» 17. August um 17:15 Uhr
Räumlichkeiten der CDU-Fraktion im Heidelberger Rathaus

Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

Bürgersprechstunde von Stadtrat Werner Pfisterer und Altstadtrat Martin Ehrbar

» 24. August von 16:00 bis 17:00 Uhr
Gesellschaftshaus Pfaffengrund
Schwalbenweg 1/2, 69123 Heidelberg

Bürgersprechstunde von Stadtrat Werner Pfisterer und Altstadtrat Martin Ehrbar

» 21. September von 16:00 bis 17:00 Uhr
Büro des Stadtteilvereins im Bürgerzentrum in Kirchheim
Hegenichstraße 2a, 69124 Heidelberg

Bürgersprechstunde von Stadträtin Prof. apl. Dr. Nicole Marmé und Stadtrat Werner Pfisterer

» 21. September um 17:15 Uhr
Räumlichkeiten der CDU-Fraktion im Heidelberger Rathaus
Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

Bürgersprechstunde von Stadtrat Werner Pfisterer und Altstadtrat Martin Ehrbar

» 28. September von 16:00 bis 17:00 Uhr
Gesellschaftshaus Pfaffengrund
Schwalbenweg 1/2, 69123 Heidelberg

CDU Neujahrsempfang mit Dr. Susanne Eisenmann

» 21. Januar 2021 um 19:00 Uhr
Voraussichtlich im SRH Tower
Ludwig-Guttmann-Straße 6,
69123 Heidelberg

Suche altes Haus
zum Kauf.

Brigitte Nussbaum
Emil-Haag-Str. 27 · 71263 Weil der Stadt
Fon 07033 52 66-71

Brigitte Nussbaum
GmbH und Co. KG

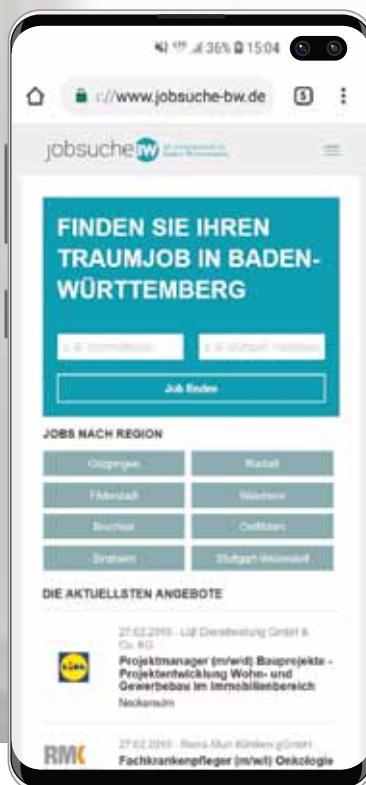
**Über 4.300 Jobs in
Baden-Württemberg**

jobsuche 

www.jobsuchebw.de

Über 4.300 Jobs in Baden-Württemberg

Stand: 15.04.2019



inkl. Stellenanzeigen
aus den Lokalzeitungen

mobiloptimiert

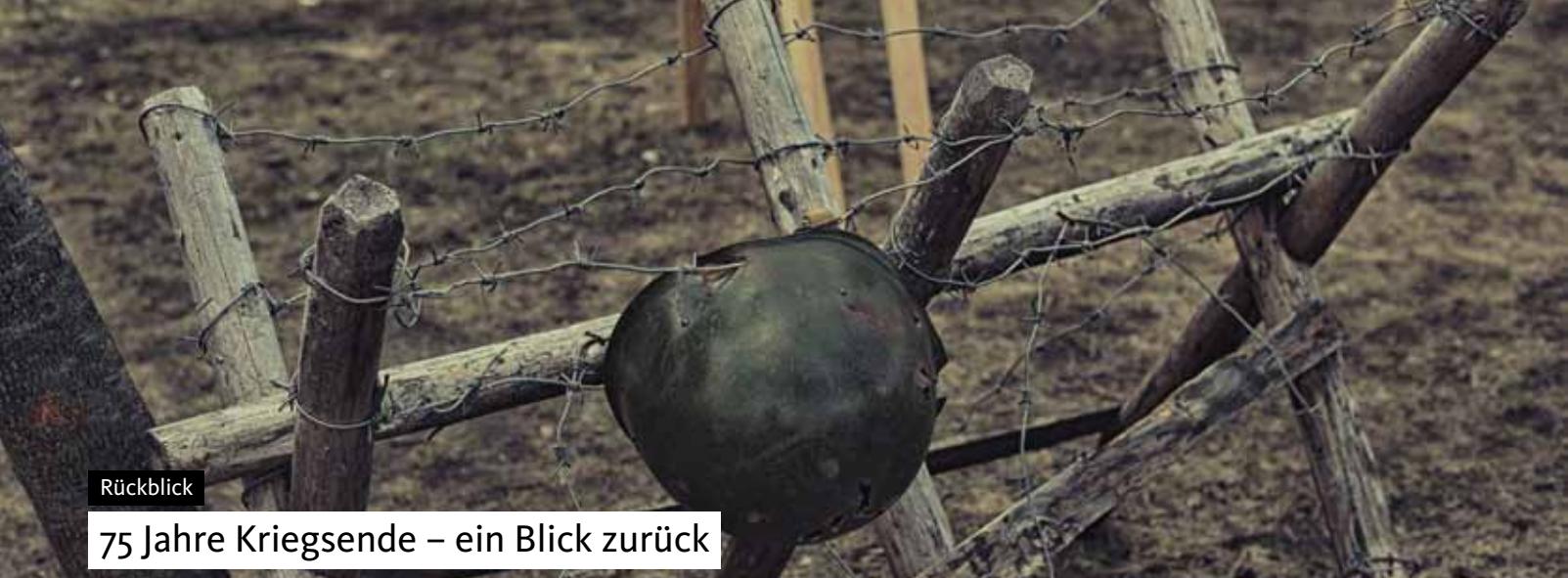


jobsuche 

Das neue Stellenportal für Baden-Württemberg

Im letzten Jahr hat Nussbaum Medien in seinen über 360 Amtsblättern und Lokalzeitungen ca. 40.000 Stellenangebote veröffentlicht. Umgerechnet entspricht dies ca. 800 Stellenangeboten pro Woche.

Auf **www.jobsuchebw.de** finden Sie ab sofort viele exklusive Stellenangebote aus unseren Amtsblättern und Lokalzeitungen, die ansonsten auf keinem weiteren Online-Stellenportal veröffentlicht sind. Darüber hinaus werden auf jobsucheBW auch Stellenanzeigen aus Partnerportalen mit ausgespielt.



Rückblick

75 Jahre Kriegsende – ein Blick zurück

Im Frühjahr 1945 übergab ein gewisser Gottlob Hettler, ein Kriegsteilnehmer des 1. Weltkrieges, sein Heimatdorf Eberdingen im früheren Kreis Vaihingen an der Enz an die vorrückenden Franzosen. Dies tat er, da man ihn kurz vor Kriegsende gebeten hatte, das Amt des kommissarischen Bürgermeisters zu übernehmen. Dabei ging er lediglich mit einer weißen Fahne los und tat dies ohne zu wissen, ob er abends wieder heil nach Hause kommen würde. Dieser mutige Schritt bedeutete zugleich das Kriegsende für seinen Heimatort.

Das Ende des 2. Weltkrieges, der Zerstörung und Verzweiflung über ganz Europa brachte, jährt sich in diesem Jahr zum 75. Mal. Doch auch nach dem vollständigen Zusammenbruch blieben seine Folgen noch lange spürbar. Denn der lange Schlagschatten dieses Krieges bestimmte die bundesrepublikanische (Erfolgs-)Geschichte immer wieder maßgeblich. Zugleich haben diese historischen Debatten und politischen Kontroversen auch die Christdemokratie nachhaltig geprägt. Aus diesem Anlass möchten wir einige der historischen Wegmarken in den Fokus nehmen und wichtige Schlaglichter kurz beleuchten.

Im September 1949 machte der erste Bundeskanzler der jungen Bundesrepublik, Konrad Adenauer, bei seinem Antrittsbesuch auf dem Petersberg bei Bonn einen mehr als symbolischen Schritt vorwärts, so dass er auf einem Teppich zum Stehen kam. Diese Geste war ausdrücklich nicht erwünscht, denn ihm gegenüber standen die drei Hohen Kommissare der Westalliierten. Und Adenauers Platz jenseits des Teppichs sollte den Deutschen unmissverständlich klar machen, wo die Bundesrepublik stand. Nach bedingungsloser Kapitulation und vollständiger alliierter Besetzung hatte Deutschland nicht nur seine staatliche Souveränität verloren. Aufgrund all der schrecklichen Verbrechen des Krieges hatte es zudem seine moralische Integrität eingebüßt, so dass es kein gleichwertiges Mitglied der Völkerfamilie mehr war. Aber Adenauer war fest entschlossen, Deutschland zurück in die Völkergemeinschaft zu führen und es wieder zu einem verlässlichen und gleichrangigen Partner zu machen. Dafür wa-

ren zahlreiche Schritte nötig:

Westintegration als Basis der späteren Wiedervereinigung

Der Schlagschatten des 2. Weltkrieges bestimmte gerade in der jungen Bundesrepublik maßgeblich die politischen Weichenstellungen. Nicht nur, dass Deutschland geteilt worden war und faktisch unter alliierter Besatzung stand. Es ging zudem um die grundsätzliche Frage, wie man sich zukünftig im internationalen Mächtesystem positionieren sollte. Dabei lehnte Adenauer das Konzept einer staatlichen Neutralität zwischen den beiden ideologischen Blöcken strikt ab. Stattdessen verfolgte er konsequent den Weg einer entschiedenen Westintegration, das heißt einer engen Bindung an die freiheitlich-westlichen Demokratien unter Führung der USA. Dabei gelang es ihm, Deutschland von einem besiegt und besetzten Feind zu einem verlässlichen und gleichrangigen Partner zu machen, der in das westliche Bündnisystem eingebunden wurde. So war es möglich, sukzessive viel verlorenes Vertrauen wiederzuerlangen.

In der Folge beendeten die westalliierten Besatzungsmächte im Jahr 1951 den offiziell immer noch bestehenden Kriegszustand mit Deutschland. Als letzte der vier Siegermächte folgte die Sowjetunion im Januar 1955 diesem Schritt. Daraufhin erlangte die Bundesrepublik mit Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 weitgehend ihre staatliche Souveränität zurück. Damit wurde gleichzeitig der alliierte Besetzungsstatus aufgehoben, sodass Deutschland fast auf den Tag genau 10 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation wieder ein (größtenteils) souveräner Staat war. Zugleich war die Bundesrepublik durch ihre Aufnahme in die NATO seit 1955 fest in die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft integriert.

„Heimkehr der Zehntausend“

Der sicher emotionalste politische Erfolg Adenauers war – mehr als ein Jahrzehnt nach Kriegsende – die „Heimkehr der Zehntau-

send“. Im September 1955 war es ihm nach zähen Gesprächen in Moskau gelungen, die Freilassung der letzten noch verbliebenen, knapp 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus sowjetischer Gefangenschaft zu erreichen. Deren Heimkehr und die tiefe Emotionalität ihres Empfangs machten deutlich, wie unglaublich groß jene Wunden waren, die dieser Krieg mit all seinen schrecklichen Folgen gerissen hatte. Stellvertretend hierfür steht das Bild einer älteren Frau, deren Ehemann unter den Heimkehrern war und die, als Ausdruck zutiefst empfundener, unendlicher Dankbarkeit, einen Kniefall vor dem alternenden Bundeskanzler machte.

Auschwitzprozesse

Eine weitere historische Wegmarke waren zweifelsohne die Auschwitzprozesse, die die deutsche Öffentlichkeit, knapp zwanzig Jahre nach Kriegsende, erstmals dazu zwangen, sich umfassend juristisch mit dem Massenmord an den europäischen Juden zu befassen. Der erste dieser Prozesse gegen früheres SS-Personal im Vernichtungslager Auschwitz begann im Dezember 1963 vor dem Landgericht Frankfurt am Main und dauerte mehr als eineinhalb Jahre. Er war zugleich der größte Strafprozess in der bisherigen deutschen Nachkriegsgeschichte. Treibende Kraft war der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer gewesen, der die juristische Aufarbeitung maßgeblich vorangetrieben hatte. Dabei stieß Bauer auf mitunter starken Widerstand, auch aus Kreisen der Justiz, von dem er sich jedoch nicht beirren ließ.

Die Rede Richard Freiherrn von Weizsäckers

Einen tiefen Einschnitt, gerade auch in konservativen Unionskreisen, stellte zweifelsohne jene Rede dar, die Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes hielt. Sein Ausspruch vom 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ war für viele – auch und gerade in konservativen Kreisen – nur schwer zu akzeptieren. Dies galt insbesondere für jene, die den Krieg als junge Wehrmachtssoldaten selbst miterlebt hatten. Denn sie mussten die bedingungslose Kapitu-

75 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs

lation als junge Soldaten natürlich als militärische Niederlage empfunden haben. Zudem bedeutete das Kriegsende für viele eine nach wie vor schmerzliche persönliche Erinnerung, die sie mit dem tragischen Verlust der eigenen Heimat in den früheren deutschen Ostgebieten verbanden. Dabei wirkt Weizsäckers Rede umso beeindruckender, wenn man bedenkt, dass er selbst den gesamten Krieg als Wehrmachtssoldat, und große Teile davon an der Ostfront, miterlebt hatte und sein älterer Bruder, der mit ihm im selben Regiment diente, schon in den ersten Tagen des Polenfeldzuges gefallen war. Er kannte also den unfassbar schmerzlichen Verlust, den dieser mörderische Krieg verursachen konnte. Umso ehrenvoller muss daher die Würdigung für das Werk dieses wahrhaft großen Staatsmannes ausfallen.

Die deutsche Wiedervereinigung

Dabei beschäftigte die Erinnerung an den Krieg keineswegs nur die Deutschen selbst. Dies wurde überraschend deutlich, als nach dem Fall der Mauer die ersten Bestrebungen einer deutschen Wiedervereinigung aufkamen. So titelten beispielsweise englische Boulevardzeitungen in großen Lettern vom drohenden „4th Reich“, einem 4. Reich, das mancher bereits unheilvoll aufziehen sah. Wenngleich uns diese Ängste nach 30 Jahren erfolgreicher Wiedervereinigung heute merkwürdig fremd erscheinen, so waren sie damals doch sehr real und prägten mitunter die öffentliche Meinung gerade in Großbritannien und Frankreich. So warnten im Hinblick auf die „deutsche Frage“ sowohl Margaret Thatcher als auch François Mitterrand vor einer Störung des europäischen Gleichgewichts durch eine befürchtete deutsche Dominanz. Dabei war es zweifelsohne das große Verdienst von Helmut Kohl, diese mitunter massiven Vorbehalte überwinden zu können. Nämlich indem es ihm gelang, die vormaligen Alliierten davon zu überzeugen, dass auch ein wiedervereinigtes und damit größeres Deutschland ein ebenso zuverlässiger politischer Partner in der Mitte Europas bleiben würde.

Ob wir dies wollen oder nicht, das Erbe des 2. Weltkrieges begleitet uns bis heute. Dabei liegt es an uns, was wir aus diesem Erbe machen. Wenn wir uns mit Stolz und Gestaltungswillen an solch mutigen Männern wie Konrad Adenauer, Richard von Weizsäcker, Helmut Kohl und meinem Urgroßvater orientieren, dann können wir Christdemokraten voller Zuversicht sein.



Die CDU Baden-Württemberg zum 8. Mai 2020

„Wir müssen den Frieden jeden Tag neu erarbeiten“

Am 8. Mai jährt sich das Ende des zweiten Weltkriegs in Europa zum 75. Mal. Dazu erklärt der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, der stellvertretende Ministerpräsident Thomas Strobl: „Der 8. Mai markiert zeitgleich Ende und Anfang. Er markiert das Ende des abscheulichsten Abschnitts unserer Geschichte, voller Verbrechen und Unrecht. Er markiert gleichzeitig den Anfang von 75 Jahren Einigkeit und Recht und Freiheit, einen Neubeginn, auf den wir auch mit Stolz blicken können.“

Mit diesem Tag geht für uns eine große Verantwortung einher. Wir kennen diesen Krieg aus Geschichtsbüchern oder teilweise aus Erzählungen unserer Großeltern und Eltern. Wir haben das große Glück, in einem friedlichen

Deutschland aufgewachsen zu sein. Doch allein der Blick in die jüngere Vergangenheit zeigt, dass das nicht selbstverständlich ist. Wir müssen den Frieden jeden Tag neu erarbeiten. Wir gehen daher verantwortungsvoll mit der Erinnerung an diesen schrecklichen Krieg um. Denn wir sind verpflichtet, so zu handeln, dass sich das Unfassbare nicht wiederholt.

Wir werden den 75. Jahrestags des Kriegsendes wegen der Corona-Pandemie nicht mit den geplanten Gedenkveranstaltungen begreifen können, aber wir werden diesen Tag besonders in unseren Gedanken tragen. Und gerade die Zeiten von Corona zeigen uns einmal mehr, dass rein nationales Denken in die Sackgasse führt.“

Kompetenz. Und Gottvertrauen.

Psychotherapie, Psychiatrie,
Psychosomatik
auf christlicher Basis.



*Meine Seele
verdient die beste
Behandlung.*

Besuchen Sie uns auf www.deignis.de



Social Media

Tipps für Ihre digitale Präsenz

Schon Obama 2008 hat gezeigt, dass Social Media perfekt ist, um potentielle Wähler mit ihren Sorgen und Beweggründen zu identifizieren und um mit ihnen direkt in Kontakt zu treten. Der Erfolg der Obama Kampagne hat dadurch das fundamentale Modell hinter Wahlkämpfen auf allen Ebenen aufgerüttelt. Nicht länger sind offline Maßnahmen der Großteil des Wahlkampfbudgets, sondern signifikante Ressourcen werden in den Aufbau von digitalen Werbekanälen gesteckt: Von Social Media Plattformen, zu Suchmaschinen und Messenger Marketing.

Von den Tools, die intern zur Kommunikation verwendet werden, bis hin zu den Wegen, mit denen Politiker mit der Öffentlichkeit kommunizieren: Digital spielt mittlerweile die Hauptrolle in jeder politischen Kampagne. Noch nie gab es einen effizienteren Weg eine Kampagne zu planen, zu organisieren und schlussendlich dafür Wähler zu mobilisieren. Genauso wie TV Politiker erstmals in die Wohnzimmer brachte, bringt Social Media jetzt die Stimmen der Wähler in die Büros der gewählten Vertreter, Entscheidungsträger und Aktivisten.

Die Verantwortung für die eigenen digitalen Kanäle trägt dabei jeder Politiker und jeder Verband selbst. Und nur wenn hier alle an einem Strang ziehen, kann der sogenannte Echokammer-Effekt erzielt werden, der heute zu großem Wahlerfolg führt.

Das Ganze hat auch darüber hinaus Bedeutung, denn es liegt an allen pro-europäischen Zentrumskräften, die digitale Welt nicht nur den Populisten und extremen Rändern zu überlassen. Wer digital nicht ernstnimmt, macht es heute den Populisten einfach. Denn der Wahlkampf findet für den Wähler digital statt, egal ob man daran teilnimmt oder nicht. Wer nicht darauf vertreten ist, wird von Wechselwählern auch nicht in Erwägung gezogen, wenn es in die Wahlkabine geht.

Der erste Schritt dazu ist die eigene Präsenz zu pflegen und den Content auf die speziellen Anforderungen von mobilen Plattformen und der modernen Aufmerksamkeitsökonomie an-

zupassen. Um Ihnen dabei zu helfen, haben wir folgende Tipps zusammengestellt, damit Ihre digitale Präsenz auch echte Resultate liefert:

Fokus auf visuell starke Videos

Dass Videos das wichtigste Kommunikationsmittel geworden sind, hat sich bereits rumgesprochen. Jedoch ist entscheidend, dass diese auch visuell spannend sind. Der Wähler möchte sich nicht einfach nur 60 Sekunden in die Kamera gesprochenen Monolog ansehen. Optimieren Sie das Video für mobil, achten Sie darauf, dass es am Anfang etwas gibt, das die Wähler beim Scrollen stoppt, und stellen Sie sicher, dass man das Video auch mit deaktiviertem Ton verstehen kann (zum Beispiel über Untertitel).

Kurz halten

Durchschnittlich investieren Nutzer maximal einige wenige Sekunden in einen Post. Deshalb sollte Content auch darauf optimiert werden. Innerhalb von maximal 15 Sekunden sollten alle wichtigen Botschaften vorkommen, die Sie platzieren möchten. Wenn Ihre Botschaft länger ist, wird sie ohnehin zu kaum Interaktion führen. Die Zeit der Wähler ist kostbar – behandeln Sie sie auch so.

Botschaft zuerst

Der alte Weg zum Beispiel in Videos Geschichten zu erzählen, ist dadurch geprägt, dass die Hauptbotschaft erst am Schluss kommt, nachdem die Spannung aufgebaut wurde. Diese Zeit geben einem Wähler heute jedoch nicht mehr.

Deshalb ist es wichtig immer mit der Hauptbotschaft zu beginnen, sei es in Videos oder auf der Webseite. Stellen Sie außerdem sicher, dass auch bei kurzer Aufmerksamkeit des Nutzers Ihr Name oder Ihr Logo klar sichtbar sind.

Investment an Ziel anpassen

Stellen Sie sicher, dass ein vernünftiger Anteil Ihres Budgets für digitale Maßnahmen reser-

viert ist. Die Kosten für Content Produktion und Werbung werden oft unterschätzt. Es zahlt sich aus, in einen guten Content Spezialisten im eigenen Team zu investieren.

Erster sein und Vorsprung gewinnen

Die digitale Welt ändert sich enorm schnell und laufend kommen Plattformen dazu. Als Kampagne muss man hier schnell und effizient analysieren, wie diese in die eigene Strategie implementiert werden können. Dies ist speziell wichtig, wenn man jüngere Wähler ansprechen möchte, deren Aufmerksamkeit sich oft auf neue Plattformen fokussiert.

Kampagnen, die schnell und flexibel reagieren, werden dafür oftmals mit starker Sichtbarkeit zu geringen Kosten belohnt. Zum Beispiel eignet sich im Moment LinkedIn hervorragend, um als wirtschaftsaffiner Politiker an Reichweite zu gewinnen.

Echte Interaktion mit der Community

Social Media definiert sich darüber, dass es kein einseitiger Kommunikationskanal ist. Nutzer wollen echten Dialog und es liegt an uns, diesen zu bieten. Antworten Sie auf Kommentare, bedanken Sie sich für den Input und stellen Sie sicher, dass nichts unbeantwortet bleibt. Das zeigt Wählern, dass es sich um eine echte Person hinter der Seite handelt, die wirkliches Interesse an ihren Sorgen und Wünschen hat. Wenn Ihr Kanal hingegen nicht authentisch und lieblos wirkt, verliert Ihr Kanal schnell an Mehrwert und das äußert sich dann in geringeren Interaktionsraten.

Natürlich gibt es noch viele weitere Elemente, die zu beachten sind. Aber wenn Sie die Basis richtig machen, haben Sie alle Voraussetzungen, um im nächsten Wahlkampf gut abzuschneiden.

Thomas Ilk, Managing Partner, Bacon & Bold
Chase Helton, Political Digital Strategist, Bacon & Bold

Bild: Thomas Ilk bei der Klausurtagung der CDU Baden-Württemberg in Kloster Schöntal

Social Media

Professionelle Grafiken ohne rechtliche Fallstricke

Die sozialen Medien leben in hohem Maße von guten Bildern: Die gleiche Reichweite in Form einer „Textkachel“ (also einer Grafik bestehend aus einem passenden Bild mit einem kurzen Text) bekommt oft ein Vielfaches der Reichweite von einfachen Textbeiträgen.

Das Urheberrecht beachten

Auch wenn viele auf Facebook & Co. nicht so genau danach schauen, woher ein Bild kommt, gilt das Urheberrecht doch auch hier. Gerade wir als CDU-Verbände sollten dieses zwingend beachten und entsprechend ohne ausdrückliche Zustimmung des Urhebers der Bilder (Fotograf) oder der Rechteinhaber (Agenturen, Bilddatenbanken) keine Bilder auf unseren Webseiten verwenden.

Vermeiden Sie daher das „Kopieren und Einfügen“ von Bildern aus dem Internet – große Bildagenturen und deren Kanzleien durchsuchen routinemäßig und softwarebasiert das Internet auf unlizenzierte Verwendung ihrer Werke und mahnen die unlizenzierte Nutzung ihrer Bilder ab. Auch in den letzten Monaten erhielten einige CDU-Verbände Abmahnungen, weil sie – auf ihrer Internetseite, auf sozialen Medien, aber auch in Ortsblättern – Fotos verwendet haben, an denen sie keine Nutzungsrechte hatten.

Daher bietet es sich zunächst an, Bilder aus Ihrem eigenen Fundus zu verwenden. Sollten Sie dennoch „fremde Bilder“ aus dem Internet benötigen, buchen Sie die Nutzungsrechte dieser Bilder nur über seriöse Webseiten und Bilddatenbanken. Achten Sie dabei auf die richtigen Nutzungsrechte. Wenn Sie die Bildrechte nur für Print erworben haben, dürfen Sie das Foto z. B. nicht bei Facebook benutzen.

Sichere Bildquellen sind:

- » Die allgemeine Mediathek im Online-Design-Portal der CDU Baden-Württemberg unter bw.cdu-wahlkampf.de (zur Nutzung innerhalb des Portals)
- » Die Multimedia-Datenbank der CDU Deutschlands (Achtung: Loggen Sie sich mit Ihren CDU-Plus-Zugangsdaten ein, um auch die Kategorie „Themenbilder“ zu sehen): www.bilder.cdu.de
- » Darüber hinaus finden sich zu vielen Themen frei nutzbare Bilder in Bilddatenbanken, beispielsweise pixabay.com

Bilder für CDU-Seiten aufbereiten

Es gibt zahlreiche öffentlich verfügbare „Kachel-Generatoren“ wie etwa canva.com. Diese haben jedoch grundsätzlich den Nachteil, dass dort keine Gestaltungselemente der CDU hinterlegt sind und Ihre Ergebnisse insbesondere nicht in der richtigen Schriftart gesetzt sind. Wir empfehlen Ihnen daher, eines der Tools der CDU zu nutzen.

Die **CDU Baden-Württemberg** bietet in ihrem Online-Design-Portal entsprechende Grafiken an:

- » Gehen Sie auf bw.cdu-wahlkampf.de und loggen sich ein bzw. registrieren sich neu (dafür muss eine Rechnungsadresse angegeben werden, die Social-Media-Grafiken sind jedoch kostenlos).
- » Gehen Sie auf die Kategorie „Facebook-Elemente“.
- » Wählen Sie die Vorlage, die Ihnen am meisten zusagt, laden Sie die passenden Bilder hoch und bearbeiten die Texte.



Hinweis:

Derzeit finden Sie in unserem Portal noch die Vorlagen in der Werbelinie zur Kommunalwahl. Diese werden wir jedoch bis zu den Sommerferien überarbeiten, modernisieren und optisch an die Werbelinie zur Landtagswahl anpassen.

Darüber hinaus gibt es im CDU Plus ein Design-Tool der **CDU Deutschlands** mit Vorlagen in der Optik der letzten Bundestagswahl. Dieses erreichen Sie wie folgt:

- » Gehen Sie auf cduplus.cdu.de und loggen sich ein bzw. registrieren sich mit Ihrer Mitgliedsnummer.
- » Gehen Sie im Menü auf „Druck, Bild und Online“ – „Design-Tool“.
- » Wählen Sie am besten eine der beiden Vorlagen „Facebook-Kachel: kurze Botschaft mit Bild (720x603px)“ oder „Facebook-Kachel: Zitatkachel (720x603px)“ (bzw. die entsprechenden Vorlagen für Instagram und Twitter, um diese Kanäle zu bedienen).
- » Auch hier können Sie die Grafiken auf einfache Weise anpassen und herunterladen.

Inhalte der Landes-CDU nutzen

Natürlich müssen Sie sich auch nicht jedes Mal die Arbeit machen, eigene Grafiken zu erstellen, wenn es um landes- oder bundespolitische Themen geht:

- » Teilen Sie Inhalte der Seiten „CDU Baden-Württemberg“ und „Susanne Eisenmann“ auf Ihren CDU-Kanälen.
- » Gelegentlich versenden wir Vorlagen an die Verbände. Lassen Sie sich gerne auf den Verteiler aufnehmen: cdu.org/socialmedia.



Im Online-Design-Portal der CDU Baden-Württemberg finden Sie alle Druckprodukte, die Sie für Ihre Parteiarbeit benötigen – demnächst auch in der Werbelinie zur Landtagswahl! Schauen Sie rein: bw.cdu-wahlkampf.de

Schlusspunkt des Generalsekretärs



Generalsekretär, Manuel Hagel MdL, zusammengekommen. Für Manuel Hagel war danach klar: „Die digitale Premiere heute hat gezeigt: Wir sind bis in die Haarspitzen motiviert! Und wir sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein.“



Mehr als 250 Funktions- und Mandatsträger aus ganz Baden-Württemberg sind zum ersten Digitalen Kampagnencamp der CDU Baden-Württemberg mit der CDU-Spitzenkandidatin, Ministerin Dr. Susanne Eisenmann, dem Landesvorsitzenden, Minister Thomas Strobl, und dem



Der große Konferenzraum in der Landesgeschäftsstelle wurde für Videokonferenzen umgerüstet. Bei Sitzungen des Landesvorstands und anderer Gremien haben die jeweiligen Vorsitzenden die anderen Teilnehmer so jederzeit im Blick.



Unsere Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann war bereits gemeinsam mit einigen Abgeordneten über Facebook live und Instagram live im Gespräch mit den Menschen im Land.



Für manche Online-Veranstaltungsformen wurde auch improvisiert – so musste beim Gespräch von Thomas Strobl und Manuel Hagel MdL mit der JU Württemberg-Hohenzollern eine Postkarte als Laptopständer herhalten.

Herausgeber:
CDU Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart
Tel.: 0711 66904-0, Fax: -15
E-Mail: service@cdu-bw.de

Verantwortlich Landesteil:
Philipp Müller, Landesgeschäftsführer
der CDU Baden-Württemberg
Heilbronner Str. 43, 70191 Stuttgart
Tel.: 0711 66904-0, Fax: -15
E-Mail: presse@cdu-bw.de

Verantwortlich Kreisteil:
CDU-Kreisverband Heidelberg
Sentiana Schwerin, Pressesprecherin
E-Mail: sentiana.schwerin@cdu-heidelberg.de

Bezugspreis:
UNION intern ist das offizielle Mitgliedermagazin des Kreisverbandes Heidelberg. Es erscheint viermal im Jahr und wird allen Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft ohne gesonderte Bezugsgebühr geliefert.

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:
Klaus Nussbaum, Geschäftsführer
Nussbaum Medien
Weil der Stadt GmbH & Co. KG
Opelstraße 29, 68789 St. Leon-Rot
Tel.: 06227 873-0, Fax: 06227 873-190
E-Mail: rot@nussbaum-medien.de

Schlusspunkt des Generalsekretärs

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**

Scheinwerfer, Kameras, eine 12,5-Quadratmeter-Messegewand und drei Stelen mit Trennwänden dazwischen – drei Personen in einem Raum und über 250 Menschen im ganzen Land verteilt vor ihren Bildschirmen: In Zeiten von Corona sieht so eine Großveranstaltung der CDU Baden-Württemberg aus.

Digital ist das neue Normal

Aktuell gilt: Digital ist quasi das neue Normal. Das war schon vor Corona immer öfter so, in den letzten Monaten mussten wir aber alle noch einen Gang hochschalten. Wir fangen keineswegs bei null an. Im Gegenteil, wir sind jetzt schon seit einigen Jahren dabei, unsere CDU immer digitaler zu gestalten.

Aus der letzten Kommunalwahl kennen viele von Ihnen bereits unser Web-to-Print Angebot, ein Online-Design-Portal mit dem Sie aus Vorlagen Ihre personalisierten Werbemittel ganz einfach erstellen können. Von der „Facebook-Kachel“ bis zum Plakat ist für alle etwas dabei. Auf unseren großen Veranstaltungen ist unsere Social-Media-Lounge mittlerweile ein fester Bestandteil und die Sozialen Medien von Instagram bis Twitter gehören selbstverständlich zum Kommunikationsmix unserer Partei. Von all dem profitieren wir in diesen Tagen gleich doppelt.

Auch Gremienarbeit kann in Zeiten von Corona nicht in der klassischen Präsenzsituation stattfinden. Hier gehen wir daher ganz neue Wege. So hatten wir in den vergangenen Wochen diverse Premieren: die erste digitale Präsidiumssitzung, der erste digitale Landesvorstand, die ersten digitalen Sitzungen unserer Landesfachausschüsse und nicht zuletzt die erste digitale Kampagnenkonferenz

der CDU Baden-Württemberg. Und vor allem letztere hat richtig Spaß und Lust auf mehr gemacht. Wir haben uns am 8. Mai mehr als zwei Stunden lang ausgiebig und konzentriert ausgetauscht. Mit unserer Spitzenkandidatin Dr. Susanne Eisenmann, unserem Landesvorsitzenden Thomas Strobl und unseren Agenturen haben wir unseren Fahrplan 2021 zur Landtagswahl beraten.

Wir machen dabei auf virtuellem Weg das, was eine Volkspartei ausmacht: nämlich lebendig miteinander in Austausch kommen.

- » Digital
- » Direkt
- » Deutlich

Das ist die Handschrift der CDU. Und so werden wir unsere Arbeit auch auf dem Weg zur Landtagswahl und darüber hinaus weiterentwickeln.

Wie sehr unsere Partei trotz Corona lebt, haben uns auch unsere Verbände mit ihrer großartigen Kreativität gezeigt. Mit Veranstaltungen in Autokinos oder auf Sportplätzen kamen unsere CDU-Verbände in den vergangenen Wochen auch an ganz neuen Orten zusammen und hielten den derzeit so wichtigen Abstand ein. Danke, dass Sie vor Ort in den Verbänden so engagiert sind – egal ob in digitaler oder analoger Form. Sie tragen damit ganz entscheidend zur lebendigen Volkspartei CDU bei – dafür danke ich Ihnen von Herzen.

Wir sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein

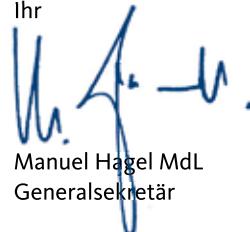
Seit vielen Wochen, mittlerweile seit Monaten, erleben wir einen neuen Alltag. Trotz der nun mehr und mehr möglichen Lockerungen bleibt es eine Ausnahmesituation, die uns allen viel abverlangt – dessen bin ich mir, sind

wir alle uns, sehr bewusst. Die vergangenen Wochen haben aber auch gezeigt: Wir als CDU in Baden-Württemberg sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein. Wir halten zusammen – gerade auch in schwierigen Zeiten. Wir stellen uns auf neue Situationen ein und lernen auch für die Zukunft daraus, wie wir unsere Arbeit, wie wir unsere Partei noch besser machen und weiterentwickeln können. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer.

Passen Sie auf sich und Ihre Lieben auf und bleiben Sie vor allem gesund!

Herzliche Grüße

Ihr



Manuel Hagel MdL
Generalsekretär



Schützen wir unsere Einsatzkräfte!

DANKE
POLIZEI
& Rettungskräfte

„In jeder Uniform steckt ein Mensch“

Wir können nicht akzeptieren, dass Angriffe auf unsere Polizei und Rettungskräfte zunehmen. Diejenigen zu schützen, die sonst andere beschützen – das ist unser klares Ziel. Wir zeigen null Toleranz bei Ausschreitungen und Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte. In Stuttgart hat die Stadt zu lange zugesehen. Abwarten ist keine Alternative mehr – wir müssen jetzt handeln!

Sei dabei und setz ein Zeichen für mehr Sicherheit auf unseren Straßen!

**Trag Dich jetzt ein und zeige Deine Unterstützung
für unsere Polizei- und Rettungskräfte!**

Gemeinsam für ein sicheres Baden-Württemberg für alle!



einsatzkraefte-schuetzen.cdu-bw.de